Donnerstag, 27. September 1923. **Einzelnummer 2000 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 219.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 70000.—
in den Ausgabestellen 71000.—
durch Zeitungsboten 72000.—
am Postamt ..... 70910.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 80000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 1500.— M.
Reklameteil 4000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 1500.— p. M., Reklameteil 4000.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Polen und Dänen.

Als vor einigen Wochen die „große Anfrage" über die dänische Agitation in Schleswig im preußischen Landtag zur Debatte stand, da fanden sich Dänen und Polen zu gemeinsamem Handeln. Zwei Vertreter des Dänentums südlich der Grenze wohnten den Verhandlungen in Berlin bei und legten mit dem polnischen Abgeordneten Raczewski die gemeinsamen Richtlinien für ihre zukünftige Politik fest. Die in Berlin erscheinende polnische Zeitung „Dziennik Berliński" wandte sich an die dänische „Neue Flensburger Zeitung" mit der Bitte, ihr einen Korrespondenten in Flensburg namhaft zu machen, um über alle Vorgänge an der schleswigschen Front unterrichtet zu sein. Eine erste Frucht dieses Zusammenarbeitens der Polen und Dänen haben wir in einem Artikel zu sehen, der in dem „Dziennik Berliński" vom 13. August veröffentlicht ist. In diesem Artikel heißt es:

„Nichts hat sich geändert. Aus Schleswig gelangt der Widerhall des Kampfes zu uns, den dort der preußische Hakatismus gegen die dänische Minderheit eingeleitet hat. Den nationalen, kulturellen Bestrebungen der in Deutschland wohnenden Dänen beschloß man ein für allemal ein Ende zu machen. Die örtlichen Hakatisten haben die Losung ausgegeben, sich zum Kampfe gegen den „inneren Feind" zu organisieren. Man begann, antidänische Versammlungen zu veranstalten, Haß atmende Beschlüsse durchzuführen, zum Sammeln von Geldmitteln zum Kampfe gegen die dänische nationale Bewegung aufzurufen. Das ganze deutsche Volk wurde um Beistand im Kampf gegen den „Feind" angerufen. Kein Deutscher darf fortan bei Leuten kaufen, die dänischen Vereinen angehören; der dänische Arbeiter darf nirgends angenommen werden —, mit einem Wort: Boykott und nochmals rücksichtsloser Boykott alles dessen, was irgend mit der kulturell-nationalen dänischen Bewegung in Deutsch-Schleswig auch nur im mindesten zusammenhängt."

In gleichem Tone geht es in dem angeführten Artikel weiter, es wird von Verfolgungen, von Hetzjagden und von Boykott geredet, obgleich kein vernünftiger Deutscher daran denkt, derartige Gewaltmittel gegen die dänische Minderheit anzuwenden. Daneben wird zum rücksichtslosen Kampf für die „begründeten Rechte" aufgefordert. Der Schlußsatz des Artikels lautet:

„Jeder Schlag da in Schleswig gegen die Dänen ist gleichfalls ein gegen uns geführter Schlag. Wir haben ein gemeinsames Los. Gemeinsam sagen wir: Nichts hat sich im Verhältnis zu uns geändert, und darum werden wir gemeinsam kämpfen."

Dieser polnisch-dänischen Solidarität entspricht es, wenn in dänischen Blättern Schleswigs häufig Berichte über die Verhältnisse an der deutschen Ostgrenze erscheinen, die durchaus nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Ein dänisches Blatt verstieg sich vor einiger Zeit sogar zu der Behauptung, daß die Deutschen noch keine einzige Minderheitenschule für die Polen eingerichtet hätten. Demgegenüber kann auf die Tatsache hingewiesen werden, daß im oberschlesischen Abstimmungsgebiet mehrere polnische Schulen eingerichtet worden sind die Eröffnung weiterer Schulen bevorsteht.

In der dänischen Zeitung „Dagens Nyheter" erschien vor kurzem ein Aufsatz des Professors für Völkerrecht an der Universität Posen, Dr. Bogdan Winiarski, der Polens Stellung zu der deutschen Minderheit vom polnischem Standpunkt aus darlegt. Der Aufsatz erregte in Dänemark großes Aufsehen. Nur einige besonders markante Stellen des Aufsatzes seien hier angeführt. Dr. Winiarski schreibt u. a.:

„Es besteht in Polen kein Erlaß, der die polnische Amtssprache als alleinige Amtssprache festsetzt, wie man es etwa in der Tschechoslowakei durch die Verordnung vom 29. Februar 1920 getan hat; im Gegenteil: eine Reihe von Anordnungen in den verschiedenen Verwaltungszweigen schränkt die polnische Sprache mehr ein, als es die Versailler Verträge selbst vorschreiben ... In den von Deutschland abgetretenen Gebieten befolgt die polnische Regierung den Grundsatz, daß die Beamten aller Stufen das Deutsche in gleichem Maße wie das Polnische beherrschen müssen, namentlich hinsichtlich ausgedehntester Anwendung in der Rechtspflege; zu diesem Zwecke wurde eine Menge von Beamten aus den alten österreichisch-polnischen Teilen, hauptsächlich wegen ihrer Kenntnis der deutschen Sprache, in die ehemals preußisch-polnischen Gebiete versetzt."

Dem gelehrten Professor ist offenbar unbekannt, daß für die Verwaltungsbehörden bereits durch eine Verordnung vom 10. März 1920 die polnische Sprache als alleinige Amtssprache erklärt ist und nur behelfsmäßig bei Behörden, denen der Verwaltungschef die ausdrückliche Genehmigung hierzu gegeben hat, der Gebrauch der deutschen Sprache gestattet ist. Auch bei den Gerichtsbehörden ist das Polnische als alleinige Amtssprache durch ein Gesetz vom 24. März 1923 eingeführt. Durch dieses Gesetz wird den Anwälten die Anwendung der deutschen Sprache verboten. Daß dem des Polnischen nicht mächtigen der Gebrauch seiner Muttersprache vor Gericht zugestanden wird, ändert nichts an der Tatsache, daß Amtssprache in Polen ganz zweifellos nur das Polnische ist.

Aehnlich ungenau und irreführend sind die Angaben des Prof. Winarski über die deutschen Schulen in Polen. Um die Lage der Deutschen in Polen möglichst glänzend zu schildern, zeigt er nur die Lichtseiten der Theorie, nicht aber die Schattenseite der Praxis. Fehlte es ihm an Material, sich darüber ausreichend zu unterrichten, dann kann ihm für vorkommende Fälle das „Posener Tageblatt" wärmstens empfohlen werden.

Gegen einen Zusammenschluß der Dänen und der Polen in Deutschland zum Zweck gemeinsamer Arbeit an der Behandlung der Minderheitenfragen wird kein vernünftiger Mensch etwas haben. Wir sicher am allerwenigsten. Wenn aber dabei unsere Lage, die Lage der deutschen Minderheit in Polen, als Agitationsmittel verwendet werden soll, dann müssen wir doch darum bitten, daß die Dinge so dargestellt werden, wie sie wirklich sind, nicht aber so, wie sie vielleicht, aus der Entfernung oder aus dem Fenster einer Studierstube bei ungenügender Beleuchtung betrachtet, scheinen können.

Polnische Agitatoren in Schleswig.

Aus Flensburg wird gemeldet: In der dänischen Jahresversammlung, die Anfang September hier abgehalten wurde, nahmen auch zwei Vertreter der polnischen Minderheit teil, nämlich der Landtagsabgeordnete Baczewski und der Generalsekretär des Polenbundes in Deutschland, Dr. Kaczmarek. Baczewski schloß eine Ansprache in Flensburg mit den Worten: „Die polnische Minderheit bittet Sie, weiterzuarbeiten, daß Sie fest stehen wie Granit und daß Ihre Angreifer, wenn sie an Sie herantreten, auf Granit beißen."

Bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes.

Deutschland ist nunmehr infolge von Poincarés Starrsinn und Baldwins Lässigkeit gezwungen worden, den passiven Widerstand aufzugeben und zwar bedingungslos. Eine traurige Notwendigkeit! Ein Sieg der rohen Gewalt und der boshaften Tücke über heldenhaften moralischen Widerstand. Ein bitterer Kelch für jeden Deutschen im In- und Auslande. Nicht einmal die Befreiung der Gefangenen, die Rückkehr der Vertriebenen, die Wiederherstellung der deutschen Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr ist als Gegenleistung für die Kapitulation Deutschlands erzielt worden. Nur mit den schlimmsten Befürchtungen für Deutschland kann man in die Zukunft blicken, denn Poincarés weitere Absichten sind höchst gefährlich. Das günstigste für ihn, was sich ereignen könnte, wäre ein innerer Krieg in Deutschland, oder ein Zerfall der Reichseinheit. Hoffen wir, daß das deutsche Volk besonnen bleibt und seinem giftigsten Feinde nicht diesen Gefallen tut.

Am Montag mittag 12 Uhr fand eine Besprechung des Reichskabinetts mit Vertretern aller politischen Parteien aus dem besetzten Gebiete statt. Der Reichskanzler legte die finanzielle Lage des Reiches dar, die bei längerer Weiterzahlung der **Ruhrkredite** wirtschaftliche, soziale und innenpolitische Folgen zeitigen könne und voraussichtlich zeitigen müsse, die von Regierung und Volk **nicht getragen werden könnten.** Er gab bekannt, daß die Bemühungen der Reichsregierung, mit den ehemaligen Feindesmächten zu Abmachungen zu gelangen, die Deutschland die Erfüllung seiner hauptsächlichen Forderungen: Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen, Wiederherstellung der Hoheitsreche an Rhein und Ruhr, schon vor einem Abbrechen des passiven Widerstandes zusichern, **erfolglos** geblieben sind. Damit sei auch von der Fortsetzung des passiven Widerstandes kein Ergebnis für eine Besserung der außenpolitischen Lage mehr zu erwarten.

In den sich an die Darlegungen des Reichskanzlers anschließenden Besprechungen stellten sich **die Vertreter der Parteien des besetzten Gebietes, mit Ausnahme der Deutschnationalen, geschlossen auf den Standpunkt,** daß aus den sich aus der finanziellen Erschöpfung ergebenden zwingenden Gründen **für den Abbruch des passiven Widerstandes der unvermeidliche Schluß gezogen werden müsse.** Sonst bestehe die Gefahr, daß der passive Widerstand, der eine wirksame Waffe gegen den rechtswidrigen Einbruch war, zu einer **Waffe gegen das eigene Volk werde.** Die anwesenden Vertreter von Rhein und Ruhr würden es übernehmen, die Bevölkerung der besetzten Gebiete zur geordneten Arbeit zurückzuführen.

Nachdem die politischen Parteien ihre Erklärungen abgegeben hatten, stellte der Reichskanzler fest, daß die **Verantwortung für den Entschluß zum Abbau** des von der Rhein- und Ruhrbevölkerung seit neun Monaten geführten passiven Widerstandes **allein von der Reichsregierung** getragen werde, und er sprach gleichzeitig den Vertretern der Parteien seinen Dank für die Bereitwilligkeit aus, bei der Durchführung der nunmehr notwendig werdenden Maßnahmen mitzuwirken.

Am Nachmittag fand im Reichskanzlerhause die Zusammenkunft eines großen Kreises **von Vertretern der Wirtschaftsgruppen und Berufsstände der besetzten Gebiete** mit den Mitgliedern des Reichs- und preußischen Kabinetts statt. Auch Hugo Stinnes nahm hieran teil. Der Reichskanzler gab den Anwesenden von der einmütigen Auffassung der Reichsregierung über die Notwendigkeit der Stillegung des passiven Widerstandes Kenntnis. Hiergegen wurde von keiner Seite Widerspruch erhoben. Vertreter aller anwesenden Gruppen sprachen sich zu der einzuschlagenden Art des Abbaus aus und äußerten ihre Wünsche hierzu im Interesse der Bevölkerung von Rhein und Ruhr. Übereinstimmung herrschte darüber, daß die Wiederaufnahme der Arbeit geschlossen nach einheitlichen Richtlinien erfolgen und ein Sondervorgehen einzelner Gruppen unbedingt unterbleiben müsse.

Zum Schluß betonte der Kanzler, daß die Reichsregierung auch weiter an ihren Zielen, Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Eingekerkerten und Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr, unter allen Umständen festhalten werde. Die Versammlung endete mit einem starken Bekenntnis zur inneren und äußeren **Einheit des Reiches.**

Pressestimme.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: „Wir müssen der Wahrheit klar in die Augen sehen, daß der übermenschliche Kampf einer waffenlosen, friedlichen Bevölkerung gegen die brutale Macht der Bajonette und Tanks des französischen Militarismus, dieser Kampf, der den deutschen Namen in der Welt wieder zu Ehre gebracht hat, zu Ende geht. Wir müssen zugleich im Innersten empfinden, daß diese Niederlage in einem Ringen, wie es die Welt noch niemals in solcher Größe gesehen, keine Schande ist, daß das deutsche Volk im besetzten und unbesetzten Gebiet Übermenschliches in seinem Widerstande geleistet hat, das fortklingen wird in der Geschichte als ein heroisches Beispiel der Notwehr gegen nackte Gewalt und Raubgier. Die Übermacht hat uns in ungleichem Kampfe bezwungen. Die Überlegenheit der Waffen ist bei ihr. Der Ruhm ist unser. Wenn Poincaré die Zurücknahme der Regierungsverordnungen verlangt, die sich auf den passiven Widerstand beziehen, so wird das der Hauptgegenstand der Beratungen sein. Aber in demselben Dokument wird die Regierung in klarster Form festzustellen haben, daß die französische Armee entgegen dem Sinn und dem Wortlaut des Versailler Instruments vertragswidrig in deutsches Land eingefallen ist und es in grausamster und unmenschlichster Weise verwüstet hat. Wir müssen der brutalen Gewalt der französischen Bajonette weichen. Aber niemals wird der politische Zustand, der auf diese Gewalt sich gründet, vom deutschen Volke anerkannt werden. Niemals kann die Zusammengehörigkeit der Westmark mit dem Deutschen Reiche zerrissen werden. Niemals wird durch eine vorübergehende gewaltsame Okkupation das Band zerschnitten, das die Deutschen an Rhein, Ruhr und Saar mit dem übrigen Deutschland verbindet."

Herr Außenminister Seyda.

Eine Erklärung

folgenden Wortlauts sendet uns, der Schriftleitung des „Posener Tageblatts", Herr Pastor Willigmann:

„Der Herr Außenminister Seyda hat dieser Tage einem französischen Ausfrager dieselbe Behauptung wiederholt, die in der vorigen Woche in einigen polnischen Blättern über mich zu lesen war. Danach habe ich in öffentlicher Versammlung als das Ziel des Deutschtumsbundes die Wiedervereinigung von Posen und Westpreußen mit Deutschland aufgestellt. **Ich frage hiermit den Herrn Minister öffentlich: Warum werde ich nicht darüber ordnungsmäßig von den amtlichen Stellen vernommen?** Wo sind die Zeugen, die mir solche Behauptung nachweisen können? Wann, wo und unter welchen Umständen soll ich diese Worte gesprochen haben? Ich sehe mich gezwungen, wegen dieser öffentlichen Beleidigung gegen den Herrn Minister klagbar zu werden und **eine gerichtliche Aufklärung zu erzwingen.**

Lissa, den 25. September 1923.

Willigmann, Pastor.

Tritt Herr Seyda zurück?

Der Korrespondent der „Republika" meldet seinem Blatte aus Warschau:

Im Zusammenhange mit der längeren Konferenz, die der Ministerpräsident Witos kürzlich mit Dmowski abhielt, ist in Kreisen, die der Regierung nahestehen, wiederum die Rede von einer bevorstehenden Personaländerung in der Leitung des Außenministeriums. Es bestätigt sich auch das Gerücht, daß der polnische Gesandte in Wien, Lasocki, unter der gegenwärtigen Leitung dieses Ministeriums die Übernahme des Postens eines Unterstaatssekretärs ablehnt. Als eventueller Kandidat für die Stelle Seydas wird erneut Skirmunt genannt, gegen den die Nationaldemokratie keine Einwendungen machen werde.

Nach einer weiteren Meldung soll der Außenminister Seyda seit einigen Tagen unpäßlich sein. Gewisse Kreise erblicken in dieser Erkrankung Motive politischer Natur.

Polen und die Tschechoslowakei.

Aus Paris wird gemeldet:

Die Tschechen, die bisher große Schwierigkeiten in Sachen der französischen tschechischen Militärkonvention gemacht, haben plötzlich ihr Verhalten geändert. Sie sind bereit, gegen Mitte Oktober ein Militärbündnis mit Frankreich zu unterzeichnen. Zu diesem Zwecke wird Präsident Massaryk nach Paris reisen. Der Termin seiner Ankunft in Paris ist auf den 15. Oktober angesetzt. Nach 5tägigem Aufenthalt in Paris soll Präsident Massaryk sich nach London begeben. In Prag sollen nach der Rückkehr des Präsidenten große Feierlichkeiten stattfinden. In Paris sind weiter Gerüchte im Umlauf, daß Präsident Massaryk Ende Oktober nach Warschau reisen soll, um das polnische-tschechische Verhältnis zu bessern. Deshalb soll die Jauerfrage nun möglichst schnell gelöst werden. Minister Skirmunt stattete in Genf dem Referenten in dieser Angelegenheit, Quinones de Leon, einen Besuch ab und bat, die Lösung des Problems zu beschleunigen. Außerdem verhandelte er mit dem tschechischen Außenminister Dr. Benesch und dem Direktor des Sekretariats des Völkerbundes. Wie verlautet, widersetzt sich Polen energisch dem Plan, die Jauerfrage dem Haager Schiedsgericht zu übergeben, da dies die Lösung weiter verzögern würde.

Zum Kampf um das Mandat des Völkerbundsrates

schreibt die „Prager Tribuna": „Polen bemüht sich seit einiger Zeit um die Unterstützung der Kandidatur bei den Staaten der Kleinen Entente. Polen hat sich dafür bereit erklärt, über einer Anzahl aktueller Fragen mit der Kleinen Entente zu verhandeln. Vor allem sucht Polen die Unterstützung Rumäniens und Südslawiens zu erreichen. Polen müßte sich aber klar sein, daß eine solche Unterstützung schwer sei, da bereits ein Entschluß vorliegt. Auch stellt die Kleine Entente in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht einen größeren Machtfaktor dar als Polen. Die Kandidatur Skirmunts wird als eine Demonstration von polnischer Seite gegen die Expansionspolitik der Kleinen Entente betrachtet."

Ausweisung Staatenloser.

Nachdem der Thorner Wojewode bereits im Mai d. Js. durch den Magistrat Graudenz mehr als 70 Bürgern die Ausweisung aus dem Festungsbereich zustellen ließ, der Culmer Starost ebenfalls aus dem Festungsbereich Culm, endlich auch der Graudenzer Starost aus dem Grenzstreifen, erhielten am 20. d. Mts. wiederum 35 einseitige Optanten die Ausweisung aus dem Festungsbereich Grauenz innerhalb von 14 Tagen. In der Festung Thorn gingen gleichfalls zahlreiche Optanten durch kurzfristige Ausweisungen ihrer Existenz verlustig.

Sollten die Ausweisungen tatsächlich durchgeführt werden, so besteht eine Verpflichtung des Staates zur Unterstützung der Ausgewiesenen, da sie Asylrecht genießen. Sie können in diesem Falle — der hoffentlich nicht eintreten wird — die Anweisung einer Wohnung und jede Unterstützung zur Erlangung einer neuen Existenz verlangen.

*

Zu diesen Ausweisungen schreibt der „Deutschen Rundschau in Polen" ein Rechtssachverständiger:

Eine Verordnung des Wojewoden in Thorn vom 8. April 1922 erbietet Fremden den Aufenthalt in den Festungen Graudenz, Culm und Thorn, ebenso den Optanten.

Die Verordnung stützt sich auf die §§ 6, 12 des preußischen Gesetzes vom 11. März 1850. § 12 regelt die Kompetenz des Regierungspräsidenten, § 6 spricht von den Befugnissen der Polizei zur Wahrung der öffentlichen Interessen in bezug auf Aufnahme und Beherbergung von Fremden.

Dieser Paragraph kann jedoch nicht zur Ausweisung der einseitigen Optanten verwertet werden, um so weniger, als dem die Bestimmungen des Freizügigkeitsgesetzes vom 1. November 1867 als eines jüngeren und Landesgesetzes entgegenstehen.

Es handelt sich vorliegend um einseitige Optanten, d. h. Personen, die zwar vor einer polnischen Behörde optiert haben, jedoch mangels vorgeschriebener Option vor einer deutschen Behörde nicht die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, also staatenlos sind. Diese Personen genießen in Polen Asylrecht, so lange ihre Staatsangehörigkeit nicht geklärt ist, und können daher nicht unter die Verordnung des Wojewoden fallen. Denn diese Verordnung setzt voraus, daß die in Frage kommenden Personen kraft der Option eine fremde Staatsangehörigkeit erworben haben.

Ausweisung eines katholischen Geistlichen.

Der Propst Freyer von Schmielau, der seit 1915 Seelsorger der Gemeinde Schmielau im Kreise Kolmar ist, erhielt am 22. September einen vom 15. September datierten Ausweisungsbefehl des Posener Wojewoden folgenden Wortlauts: „Im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit weise ich Sie als lästiger Ausländer aus dem Bereich des polnischen Staates aus. Sie haben spätestens am 10. Oktober 1923 Polen zu verlassen und sind nicht berechtigt, zurückzukehren."

Republik Polen.

Der Ministerpräsident reist nach Wolhynien.

Polnische Blätter melden, daß Ministerpräsident Witos mit den Ministern Kiernik und Osiecki und einigen Oberbeamten des Ministerratspräsidiums am 7. Oktober in Luck eintrifft.

Marschall Piłsudski

reist in den ersten Oktobertagen nach Krakau, wo er eine Reihe von Vorträgen halten wird. Der „Kurjer Pozn." meldet das unter der Überschrift „Conferencier Piłsudski".

Erzbischof Kardinal Dalbor

ist nach Rom abgereist. Er hielt sich einige Tage in Warschau auf, wo er mit dem Außenminister eine längere Unterredung über Angelegenheiten der katholischen Kirche und über Fragen der Außenpolitik hatte.

Finanzminister Kucharski

kehrte am Dienstag von seiner Reise zurück und übernahm seine Amtsgeschäfte.

Wiedereintritt Hallers in die Armee?

Die „Gaz. Poznańska" meldet: Wie wir erfahren, tritt der jetzige Sejmabgeordnete und frühere General Josef Haller wieder in das aktive Heer ein. Er hatte vor einigen Tagen eine längere Unterredung mit dem Staatspräsidenten, der ihm den Posten des Inspekteurs der Artillerie antrug. Gleich danach meldete sich General Haller bei dem Ministerpräsidenten. Die Ernennung Hallers zum Artillerieinspekteur soll in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Ausstände in Galizien.

In Lemberg streiken seit mehreren Tagen die Kommunalarbeiter. Die Maschinen des Elektrizitätswerkes, der Gasanstalt und der städtischen Wasserwerke wurden am Montag und am Dienstag von den Ingenieuren bedient. Infolge des Ausstandes konnte von den drei städtischen Theatern in Lemberg nur eines spielen.

Ein Ausstand der Sparkassenbeamten in Galizien erreichte am Dienstag sein Ende.

Aus der polnischen Presse.

Von der Ethik der Parteikämpfe und der Ethik der Presse

handelt der Leitaufsatz der Nr. 129 (Mittwoch, den 26. September 1923) der „Gazeta Poznańska". Die wesentlichsten Abschnitte dieses Aufsatzes lauten:

„Wenn man die in der Presse zutage tretenden sozialen und politischen Verhältnisse, die bei uns herrschen, beobachtet, kommt man zu dem überaus eigenartigen Schluß, daß eine Daseinsberechtigung heute nur entweder die äußerste Rechte oder die äußerste Linke hat. Alles, was nach einer gemäßigten Richtung, nach aufrichtig demokratischer oder republikanischer Gesinnung oder sogar nach Parteilosigkeit riecht, wird von links und von rechts rücksichtslos bekämpft, und zwar um so verbissener bekämpft, je mehr eine solche mittlere Richtung wirklich ihr Recht aufs Dasein nachweist und den Denkenden zu gewissen Schlüssen führt, die für die beiden gekennzeichneten äußeren Richtungen unbequem sind. Diese Tatsache haben wir während der Wahlen zum Sejm und zum Senat beobachtet, — damals erwies sich z. B. als der größte Feind der Nationaldemokratie weder der Kommunismus noch der Sozialismus, sondern nur — o Ironie! — der Mittelstand oder ein ihm verwandter gemäßigter Typus, der den Mut hatte, den Kampf zum Schutz seiner Interessen aufzunehmen. Gegen solche mittleren Richtungen wird heute rücksichtslos und mit den durchsichtigsten Mitteln gekämpft, mit würdigen Mitteln und mit unwürdigen Mitteln."

Das Blatt spricht dann von dem durch einen Gerichtsbeschluß geschlichteten Streit zwischen dem „Przegląd Poranny" und dem „Kurjer Poznański" (der den Versuch machte, die Zeitungsverkäufer, die auch mit dem „Przegląd Poranny" handelten, zu boykottieren) und fährt dann fort:

„Das ist eine Ethik! Ein Blatt, das sich als nationale Zeitung bezeichnet, verbietet den Zeitungsverkäufern den Verkauf eines anderen Blattes, nicht weil sie deutsche Blätter verkaufen, sondern weil sie ein anderes nationales Blatt, ein Konkurrenzblatt, verkaufen, und zwar ein Blatt, das sich erkühnt, die Dinge in anderem Lichte zu sehen als die monopolisierte nationaldemokratische Presse."

„Heute mir morgen dir!" rief damals der „Przegląd Poranny" der von der „Acht" unabhängigen Presse zu. Und so geschah es. Nach dem „Przegląd" kam die Reihe an die „Gazeta Poznańska". Diese Angelegenheit ist vielleicht nicht wert, ernst behandelt zu werden. Trotzdem sei es gestattet, sie etwas näher zu beleuchten. Der „Kurjer Poznański", der gegenwärtig offenbar kein ganz geeignetes Thema hat (Sikorski ist ja gegangen), und der aus begreiflichen Gründen offenbar den Wunsch hat, die öffentliche Aufmerksamkeit von der gegenwärtigen Wirtschaft des Staates abzulenken, unternahm einen scharfen Angriff auf die Drukarnia Mieszczańska, weil diese auf Bestellung Reklamekarten einer Firma druckte, zu deren Teilhabern ein Jude gehört. Wir wollen nicht darüber diskutieren, ob wir diese Bestellung, die wir, nebenbei gesagt, von einem Polen (Herrn Paszkiewicz) erhielten, annehmen durften oder verpflichtet waren, den Auftraggeber zu einer Konkurrenzdruckerei zu schicken, z. B. der Drukarnia Polska, wo der „Kurjer Poznański" gedruckt wird, oder ob wir warten mußten, bis eine andere Druckerei diese Karten ohne Angabe ihrer Firma gedruckt haben würde, was gegenwärtig im Widerspruch zu den Bestimmungen häufig getan wird, oder ob wir mittelbar zur Gründung einer jüdischen Druckerei in Posen beitragen oder die jüdischen Druckereien in Warschau und Lodz unterstützen sollten oder ob wir schließlich solche zweifelhaften Bestellungen an die deutsche Merzbach-Druckerei hätten abtreten sollen. Über alles dieses wollen wir, wie gesagt, nicht diskutieren, denn ein solcher Disput würde uns zu weit führen und auch dem „Kurjer" handelt es sich ja gar nicht darum."

Die „Gazeta Poznańska" erklärt dann, der „Kurjer" verfolge bei dieser ganzen Angelegenheit keinen anderen Zweck, als die Bekämpfung eines Konkurrenzblattes, eben der „Gazeta", und schreibt weiter:

„Erinnert sich Herr Roman Leitgeber, der Verleger des „Kurjer Poznański", an gewisse Verlegerversammlungen, wo davon die Rede war, daß deutsche und jüdische Anzeigen in polnische Blätter nicht aufgenommen werden sollten? — Das war vor dem Kriege, zu einer Zeit, als die junge polnische Kaufmannschaft ohne Aussicht auf Erfolg mit der deutschen Übermacht und dem deutschen Kapital kämpfte ... Erinnert sich der „Kurjer Poznański", welche Stellung und welchen Standpunkt er damals einnahm? Seine Ansicht wurde damals klar formuliert (es handelte sich um ganzseitige Anzeigen der Firma Rudolf Petersdorff, die im „Kurjer" Aufnahme fanden): „Wir", — so sagte damals Herr Leitgeber —, „müssen wir uns von der politischen Vernunft leiten lassen. Zwar dürfen wir bei Fremden nicht kaufen, aber wenn sich die Gelegenheit eines Gewinns ergibt, der zur Unterstützung der polnischen Presse dienen kann" ... usw. Die Mehrheit der Verleger war entgegengesetzter Ansicht, aber Herr Leitgeber erklärte, der „Kurjer" würde auf seinem Standpunkt verharren. — Das ist noch nicht so lange her, Herr Leitgeber! — Aber es gibt noch Dinge neueren Datums, die die Ethik des „Kurjer" deutlich kennzeichnen. Z. B.: „Vor einem Jahre wurde Herr Witos vom „Kurjer Poznański" als „Pferdedieb" beschimpft, — heute ist er „ein umsichtiger Mann". Und die Anzeigen! ... Nur wenige Beispiele aus dem Anzeigenteil des „Kurjer": „Hurtownia Towarów Krótkich Zamek" (Eigentümer Kot), „Oszczędność" (Eigentümer Fischmann). Sind das polnische Firmen oder jüdische?"

Schließlich wirft die „Gazeta" dem „Kurjer" vor, er hätte erst vor wenigen Tagen Milliardenbestellungen auf Papier bei einer jüdischen Warschauer Firma gemacht und der Vermittler bei diesem Geschäft sei ebenfalls ein Jude gewesen. Es frage sich, wie dieser Herr Wassermühl in das Geschäftslokal des „Kurjer" hineingelangt sei, da doch am Eingang deutlich zu lesen sei: „Juden ist der Eintritt verboten!"

„Wahrhaftig," ruft die „Gazeta Poznańska" am Schluß ihres Aufsatzes aus, „es ist höchste Zeit, daß die vom Sejm angekündigten Pressegesetze in Kraft treten, denn sonst wird diese Demoralisierung und der Schwund der Ethik in bedrohlicher Weise um sich greifen!"

(Zusatz der Schriftltg. des Pos. Tagebl.: Und wie nennt man es, wenn polnische Blätter verhindern oder zu verhindern suchen, daß polnische Firmen oder Organisationen im „Posener Tageblatt" anzeigen?)

Was hat Deutschland nach der Kapitulation zu erwarten?

Der „Neuyork Herald" schildert die Situation, die sich nach der Kapitulation Deutschlands ergeben werde, folgendermaßen:

1. Nach der Rückkehr der Arbeiter in die Bergwerke wird unter Leitung der Besatzungsmächte die Kohlenförderung und Erzeugung auf das höchstmöglichste Maß gesteigert werden.

2. Die Rohmaterialien und anderen Werte müssen in dem Maße ausgeführt werden, wie das die wirtschaftliche Kraft Deutschlands gestatten wird.

3. Die 26prozentige Ausfuhrabgabe wird wieder eingeführt werden und unter der Drohung mit der Fortdauer der Besetzung unter Kontrolle von Delegierten der Reparationskommission erhoben.

4. Ein Teil der Zölle soll der Reparationskasse zufließen.

5. Die Eisenbahnen werden auf dem linken Rheinufer an eine neu zu gründende Gesellschaft übertragen, an der Franzosen, Belgier, Engländer und Rheinländer teilnehmen sollen. Poincaré betrachtet diesen Plan als wesentlich vom Standpunkt der französischen Sicherheit.

6. Damit Frankreich genügend Kohlenlieferungen erhält, werden einzelne der Ruhrbergwerke konfisziert und einem internationalen Konsortium übergeben werden, wie das auch für die Eisenbahnen vorgesehen ist.

7. Als Grundlage für eine deutsche Goldanleihe werden auch einzelne Monopole einem Konsortium übergeben, aber an diesem sollen sich auch Deutsche beteiligen können.

8. Die Blockade des Ruhrgebietes wird aufgehoben. Der Handel im Ruhrgebiet und im Rheinland wird unter die Kontrolle des Komitees in Bad Ems wieder aufgenommen. Eine Amnestierung der Eisenbahner und der übrigen Beamten soll erfolgen, falls diese die alliierten Behörden als ihre Chefs anerkennen.

9. Die Räumung des Ruhrgebietes durch die französischen und belgischen Truppen wird erst beginnen, sobald sich erwiesen hat, daß die Kapitulation Deutschlands kein Bluff ist. Die Räumung wird nur schrittweise erfolgen.

10. Sobald alle Forderungen von Deutschland angenommen sind, wird ein neuer Schuldplan ausgearbeitet. Ein drei- bis vierjähriges Moratorium für die Goldzahlungen wird bewilligt werden.

11. Die deutschen Staatsbergwerke sollen an die Stelle von Goldzahlungen treten.

12. Eine strenge Finanzkontrolle über ganz Deutschland soll eingeführt werden. Eine Kontrollkommission soll die Stabilisierung der deutschen Währung vornehmen und dafür sorgen, daß die deutschen Bürger wenigstens ebenso hoch besteuert werden wie die alliierten. Im allgemeinen soll die Kommission denselben Pflichtenkreis haben, wie einst die ottomanische Staatsschuldenkommission.

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(3. Fortsetzung.)

Jetzt im Hauskleid, das ebenfalls dunkel gehalten war, sah das schlanke Mädchen viel jünger aus. Sie hatte unzweifelhaft des Vaters hohe Gestalt geerbt, aber ihr Gesicht, das auch seine Züge wiederholte, war mädchenhaft weich und um die klugen Augen lag etwas Sinnendes. Bruhns reichte ihr die Hand, aber er konnte seinen Unmut noch nicht ganz vergessen.

„Zu Tisch, Väterchen, Du vergißt mich heute wieder ganz."

„Ich komme schon, Kind. Du warst aus?"

„In der Klavierstunde. Du weißt es, es ist Mittwoch, und dann ein wenig spazieren. Herrgott, ist es schön draußen! Überall sprossen die ersten Blumen! Nur Du merkst es nicht."

„Ich sah Dich kommen."

Einen prüfenden Blick richtete er auf die Tochter.

„Ich soll Dich auch grüßen — von Vetter Silvio," fuhr Johanna fort.

„Er hatte Dir viel zu erzählen."

Sie lachte.

„Und Du hast auf mich gewartet und zugeschaut. Jetzt bist Du neugierig!"

„Neugierig bin ich nie."

„Aber wißbegierig, wenn das hübscher klingt. Übrigens war es sehr ernst, was mir Silvio sagte. Sie wollen unseren historischen Keller."

„Sie bekommen ihn nicht."

„Ich soll Dir zuraten, daß Du nachgibst."

Bruhns brauste auf.

„Worin mischt sich der Fant."

„Er meint es gut, er sagt, wir können nichts dagegen tun, wenn der Senat beschließe —"

„Muß vielleicht der Herr Beamte gehorchen, ich nicht."

„Vater!"

„Ich habe Dich öfter gebeten, nicht mit ihm zu reden."

Sie sah ihn ruhig an.

„Damit die Leute darüber sprechen und sich die Mäuler zerreißen."

„Ich brauche sie nicht zu fürchten."

Sie trat vor ihn hin.

„Väterchen, wirf mich nicht auch hinaus, wie vorhin den Senator."

„Das hat Dir der Silvio auch gesteckt?"

„Er meint es gut."

„Soll sich kümmern um das, was ihn angeht, ich verbiete Dir ....."

„Verbiete mir nicht, was ich nicht erfüllen kann!"

Sie brach ab.

„Komm, Väterchen, laß die Suppe nicht kalt werden."

Es war heute ein schweigsameres Mahl als sonst, droben in der uralten Erkerstube, in der Vater und Tochter einander gegenübersaßen, und der Handelsherr trank seinen Wein hastiger als sonst. Mitunter warf ihm Johanna einen besorgten Blick zu, aber solange der alte Diener die Schüssel herumreichte, schwieg sie. Dann rückten sie den großen Sessel an das trotz des Frühjahrs noch prasselnde Kaminfeuer. Sie ordnete dem Vater die Kissen und trug die Zigarren herbei.

„Nun schlaf, altes, böses Brummväterchen, und träume davon, daß der Mensch leider nicht mit dem Kopf durch die Wand kann! Und wenn Du noch was Schönes träumen willst, dann denke daran, daß Dich niemand auf der Welt so versteht und so lieb hat wie ich."

Sie drückte ihm einen Kuß auf die Stirn.

„Fräulein Johanna, die Köchin läßt fragen — —"

„Ich komme —"

Sie nahm ein gewichtiges Schlüsselbund und ging hinaus. Draußen hörte Silvester Bruhns ihre tiefe Stimme Anweisungen erteilen. Unwillkürlich dachte er nach.

Wie tüchtig sie war! Zweiundzwanzig und hatte nun schon seit vier Jahren die Zügel der Wirtschaft in festen Händen.

Und doch war sie nichts gewesen als ein fröhlicher, übermütiger Backfisch, als die Mutter so plötzlich starb. Damals, ein paar Monate, nachdem die Kunde gekommen, daß Silvester, der einzige Sohn, draußen in Frankreich gefallen. Er erinnerte sich noch der Stunde, als er voller Sorgen in das Gesicht des Töchterchens schaute.

„Was nun? Jetzt müssen wir eine Hausdame nehmen — wie schrecklich das ist — so ein fremder Mensch mit am Tisch!"

Sie hatte den jungen Kopf geschüttelt.

„Nein, Vater, jetzt führe ich Dir die Wirtschaft."

Er hatte es nicht geglaubt, aber seit dem Tage war sie eine andere geworden; woher sie nur alles das wußte? Zielbewußt ergriff sie die Zügel des großen Hauses; denn nach alter Sitte wohnte eine Anzahl der jungen Angestellten in der Firma und wurde dort auch beköstigt. Aber es ging, und sogar Brigitte, die alte Köchin, fügte sich willig den Befehlen der jungen Herrin. Und dabei hatte sie immer Zeit. Trieb Musik, hatte Verkehr mit jungen Mädchen, war für jedermann zu haben und stets auf ihrem Posten.

Als dann das Trauerjahr herum war, und der Handelsherr notgedrungen wieder die Geselligkeit aufnahm, verstand sie es, zu repräsentieren und ließ die Mutter vergessen. Dabei hatte sie sich nie um die Wirtschaft gekümmert, solange jene noch lebte. Es wußte niemand, woher sie das alles verstand und woher sie diese ruhige Sicherheit hatte. Jetzt schämte sich Bruhns. Hatte sie nicht auch diesmal recht? Wollte er nicht mit dem Kopf durch die Wand? War es nicht Eigensinn? Hatte er nicht häßlich gehandelt, weil sie ein paar Worte mit Silvio gewechselt? War es nicht richtig, daß die Öffentlichkeit nichts zu wissen braucht?

„Väterchen, der Kaffee!"

Sie wußte, daß er es liebte, wenn sie ihm das silberne Moccaservice selbst hereinbrachte und mit ihm trank, wie es früher die Mutter getan.

Er lächelte.

(Fortsetzung folgt.)

Poincarés letzte Sonntagsreden.

Am vorigen Sonntag, dem 23. September, hielt Poincaré drei Reden, in denen er von neuem jedes Entgegenkommen gegenüber Deutschland ablehnt. Natürlich posaunt Poincaré mit vollen Tönen das Lob der französischen Armee. Gegenüber den Befürchtungen einer Revolution in Deutschland äußerte Poincaré im Priesterwalde: „Von allen Seiten hören wir, daß Katastrophen drohen, wenn wir nicht bald zu einer Verständigung kommen. Deutschland werde das Opfer einer Revolution werden, einer Revolution von rechts oder einer bolschewistischen Revolution. Welche Gefahr für die benachbarten Völker! Darauf antworte ich, daß man Frankreich schlecht kennt, wenn man glaubt, es ließe sich durch solche Perspektiven einschüchtern. Unser Land braucht solche Erschütterungen nicht zu fürchten; es ist gleich gesichert gegen Militärdiktatur und Kommunismus. In einem Europa, das in wilder Bewegung ist, bleibt Frankreich das Muster einer friedlichen und geordneten Demokratie. Auch wenn ringsum die Erde wankt: wir sind gegen jede Gefahr der Erschütterung geschützt. Uns kann nichts schrecken. Aber wir wollen nicht den Untergang anderer. Wie immer Deutschland gegen uns gesündigt hat, wir hoffen aufrichtig, daß es die düsteren Prophezeiungen Lügen strafen wird. Deutschland steckt noch zu sehr in seinem alten Regime. Es hat noch zu viel Generale und Beamte der alten Zeit, welche die neue Ordnung stören. Aber mit seiner traditionellen Methode der Organisation wird es Deutschland sicher gelingen, sich neu zu organisieren. Es genügt, daß es den Willen dazu hat, und wenn es erst wollen wird, dann können wir uns auch über die loyale Durchführung des Vertrages einigen. Niemand wünscht mehr als Frankreich die Regelung der Reparationsfrage. Täglich ertönen überall auf der Erde die Stimmen von Philosophen, von Politikern und Finanzleuten, die uns zurufen: „Befreit die Menschheit von diesem Druck!" Nichts wäre uns lieber als die Erfüllung dieser Wünsche, denn mehr als andere, sind wir selbst an der Regelung der Reparationen interessiert. Aber wir können die Kosten für diese Regelung nicht tragen. Man soll den Widerstand aufgeben und nicht mehr versuchen, von Voraussetzungen zu reden. **Wir nehmen keine Bedingung an.** Wir halten uns an das Brüsseler Protokoll, an unser Gelbbuch, an unsere öffentlichen Erklärungen. Wir haben diesen Erklärungen nichts hinzuzufügen, aber wir nehmen auch kein Wort von ihnen zurück!"

In Toul erklärte der französische Ministerpräsident unter anderem: „Man rede nicht immer vom Militarismus Frankreichs und von Expeditionen mit kriegerischem Trompetengeschmetter! Frankreich gibt täglich Milliarden für die Sache Deutschlands aus und kann diese Vorschüsse nicht länger leisten, ohne sich selbst zu ruinieren. Frankreich kann ebensowenig den Aufbau seiner zerstörten Gebiete unterbrechen und die grausam geprüfte Bevölkerung ohne Obdach lassen. Mehr als 100 Milliarden haben wir an Stelle Deutschlands ausgegeben. Das Reich hätte dies ungerechte und widerspruchsvolle Verhältnis schnell zu einer Gewohnheit werden lassen, wenn wir nicht endlich das Gefühl der Niederlage dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht hätten. Deutschland hat den Krieg begonnen, ohne daß es zum Kriege provoziert worden war, Deutschland hat den Krieg verloren und muß ihn bezahlen. Solange es damit zögert, werden wir bleiben, wo wir sind. Kein Volk, das den Frieden liebt, kein ehrlicher Mensch kann sagen, daß wir im Unrecht sind!"

Eine belgische Kritik.

Eine einzige Brüsseler Zeitung, die sonst zur treuesten Gefolgschaft des Ministerpräsidenten gehört, die „Victoire", spricht bei der Besprechung der letzten Sonntagsreden Poincarés die Meinung aus, es hätte **besser den Traditionen des französischen Edelmutes entsprochen, wenn der Sieger die Stimme gegenüber dem kraftlos gewordenen Feind etwas mehr gesenkt hätte.** Alle übrigen Zeitungen preisen die Festigkeit des „großen Lothringers".

Englands Schwäche.

Pertinax sagt den englischen Freunden kurz und klar im „Echo de Paris", daß auch nach der verheißungsvoll angekündigten Reichskonferenz **die englische Regierung ebenso schwach und schwankend bleiben werde wie bisher.** Das britische Reich bleibe zwar immer eine starke Kraft, die bei einer Gelegenheit mobilisiert werden könne. Aber die englische Politik sei unfähig, ein weites Ziel mit Ausdauer zu verfolgen. Der französische Informator der „Daily Mail" legt den Hauptnachdruck auf die Beseitigung des englischen Widerspruchs gegen die Ruhrbesetzung, während für den englischen Diplomaten die kommende Reparationsverhandlung das Wichtigste war, bei der Baldwin angeblich auch etwas zur „Beruhigung Deutschlands" zu tun beabsichtigt. Vielleicht besteht die Absicht, aber es ist zu fürchten, daß **Poincaré stärker** sein wird **als Baldwin** und alle anderen englischen Minister. England ist unfähig geworden, ein Ziel mit zäher Ausdauer zu verfolgen, sagt Pertinax. Die zähe Ausdauer aber ist, wie heute die französische Presse aufs neue bescheinigt, die Stärke des Herrn Poincaré.

Die Gegner der Politik Stresemanns.

Die Deutschnationalen erklären die vollkommene Kapitulation für den Weg zur Aufrichtung der französischen Herrschaft über das Rhein- und Ruhrgebiet. Dr. Hergt, der Parteiführer der Deutschnationalen, hat am Sonnabend auf dem Landesparteitag in Mecklenburg feierlich erklärt, daß die Deutschnationalen eine solche Kapitulation nicht mitmachen würden und daß sie der Regierung Stresemann wegen der Aufgabe des passiven Widerstandes ihr Vertrauen versagen. In bezug auf die Drohungen der Deutschnationalen mit einem Kriege gegen Frankreich bedeutet die Rede des Herrn Hergt allerdings einen Rückzug, da er trotz der von ihm befürworteten Machtpolitik Gegner eines Krieges zu sein behauptet und den Franzosen nur das Risiko eines weiteren Vormarsches in Deutschland auferlegen will, wobei er gar nicht glaubt, daß die Franzosen dies wagen würden. Am interessantesten in der Rede Hergts erscheint aber die Wendung, wo er erklärt, daß Stresemann nach seiner jetzigen Vorbereitung der Kapitulation das Volk nicht hinter sich finden würde, wenn er es bei einem Scheitern der Verhandlungen zu einem neuen Kampf aufrufen und daß dann eine deutschnationale Regierung kommen müßte. Wie die Deutschnationalen regieren werden, wie sie Krieg führen oder auch nur den Widerstand im Ruhrgebiet weiter finanzieren werden, darüber sagt Herr Hergt nichts. Sein Parteigenosse Graf Westarp erklärt in der „Kreuzzeitung", daß die Deutschnationalen über den Bruch mit Frankreich im einzelnen Rede stehen werden, aber erst dann, wenn sie die deutsche Politik verantwortlich leiten werden. Übrigens soll auch in den Reihen der Deutschen Volkspartei eine Anzahl von Abgeordneten dem deutschnationalen Standpunkt nahestehen. Auch im Zentrum soll man keineswegs allgemein in eine Kapitulation einwilligen.

Der zweite Gegner gegen die Politik Stresemanns sind die Kommunisten. Die „Rote Fahne" erklärt heute, daß die Aufgabe der Souveränität Deutschlands im Ruhrgebiet, das heißt also der Abbau des Widerstandes vor der Räumung durch die französischen Truppen und vor der Freilassung der Gefangenen und der Rückkehr der Vertriebenen einen Ausbruch der Empörung bei der Arbeiterschaft zur Folge haben würde. Die „Rote Fahne" macht gleichzeitig auf Umgruppierungen in der Reichswehr aufmerksam, die besonders in Sachsen in den letzten Tagen stattgefunden haben. Das kommunistische Organ lehnt dabei die Vermutung ab, daß die Verschiebung im Truppenkommando Dresden der Reichswehr einer drohenden Haltung der bayerischen Kampfverbände gelten könnte, deren Vormarschgebiet nach Norddeutschland das sächsische und thüringische Industriegebiet darstellt, und findet aus strategischen Erwägungen für wahrscheinlicher, daß die Reichswehr der Regierung zu einem größeren Schlag im Innern dienen solle.

Entdeckung kommunistischer Waffenlager.

Die Berliner politische Polizei hat, wie der „Vorwärts" meldet, **in Berlin zwei Waffenlager entdeckt, die von dem Militärattaché der russischen Botschaft, Petroff, angelegt waren. Es handelt sich um Kisten mit 7 schweren und 13 leichten Maschinengewehren, einen Minenwerfer und 600 Trommeln und Füllgurte für Maschinenpistolen. Im Zusammenhang damit wurden einige Fuhrleute und verschiedene deutsche Kommunisten verhaftet, die bei der Anlage des Waffenlagers behilflich gewesen waren. Der „Vorwärts" erklärt, daß es sich um einen ungeheuren Mißbrauch des Rapallovertrages handle, den sich die Reichsregierung auf keinen Fall gefallen lassen dürfe.**

Aus dem besetzten Gebiet Deutschlands.

Geldraub. Am 18. d. Mts. sind bei der Reichsbanknebenstelle in Neuß 12 Milliarden Mark fortgenommen worden. Bei der Reichsbankstelle München-Gladbach entwendeten die Belgier am 19. d. Mts. etwa 78 Milliarden Mark. Mit dem Bargeld wurde ein Teil der in Rheydt angekauften Wechsel von den Belgiern mitgenommen. Aus Dortmund wird gemeldet, daß die Franzosen in der Druckerei von Crüwell in Dortmund am 20. d. Mts. wiederum 2 Billionen Mark fertige Reichsbanknoten fortnahmen. In der letzten Woche wurden durch die Besatzungsbehörde bei der Stadtverwaltung in Bonn einmal 160 und ein zweites Mal 80 Milliarden weggenommen.

Eine Notgeldverordnung der Rheinlandkommission. Die Pariser Blätter veröffentlichen eine Koblenzer Meldung, wonach die Rheinlandkommission einen vom 20. September datierten Erlaß veröffentlicht, der sofort in Kraft tritt. Darin heißt es: „Die Interalliierte Rheinlandkommission ist der Überzeugung, daß der Mangel an Zahlungsmitteln die Ausgabe von Notgeld durch die Banken, durch Industrielle, Firmen und andere Organe, ja sogar durch Privatleute nach sich gezogen hat, — ein Notgeld, das gewöhnlich nur in dem Kreis anerkannt wird, in dem es ausgegeben wurde. In der weiteren Überzeugung, daß diese Lage den Interessen der Okkupationsarmeen, ihres Personals und derjenigen der Interalliierten Rheinlandkommission zuwiderläuft und Unsicherheit in den Verkehr bringt und diesen behindert, verfügt die Interalliierte Rheinlandkommission: Es werden in den besetzten Gebieten neun Zonen zur Ausgabe von Notgeld begründet: die Pfalz, die Provinz Rheinhessen und die Distrikte von Wiesbaden, Koblenz, Trier, Bonn, Köln, Aachen und Düsseldorf (linksrheinisch), Krefeld. Es wird ein spezielles „Währungskomitee" eingesetzt, das aus deutschen Delegierten besteht, die darin die Behörden, die Banken und die Industrie des besetzten Gebietes vertreten. Dieses spezielle Währungskomitee wird zusammen mit dem Finanzkomitee der Interalliierten Rheinlandkommission Listen derjenigen Firmen und Organismen aufstellen, denen die Ausgabe von Notgeld erlaubt sein wird. Diese Listen werden von der Interalliierten Rheinlandkommission gutgeheißen. Das spezielle Währungskomitee wird periodisch dem Finanzkomitee Bericht erstatten, in welchem Maße das nichtautorisierte Papiergeld aus dem Verkehr gezogen wird." Es handelt sich also nicht etwa, wie voreilige Pariser Blätter meldeten, um Schaffung einer neuen rheinischen Währung, sondern lediglich um Regelung der Notgeldverhältnisse, die im Rheinland, wie auch im übrigen Deutschland, jetzt sehr verworren sind.

Vergewaltigung einer Sechzehnjährigen. Amtlich wurde festgestellt: Die sechzehnjährige Hilde H. aus Kupferdreh befand sich am 20. August auf dem Wege zu ihrer elterlichen Wohnung. Sie wurde von einem französischen Soldaten angehalten. Der Soldat warf das Kind die Straßenböschung herunter, zerriß ihr die Kleider und vergewaltigte sie trotz heftigster Gegenwehr. Der sich Sträubenden hielt der Verbrecher die Hände fest und versetzte ihr Schläge ins Gesicht. Er besaß die Unvorsichtigkeit, dem Kinde eine Photographie (!) in die Bluse zu stecken. Dieses Bild wurde dem Kommandanten übergeben. Über eine Ermittelung des Täters ist bisher nichts bekannt geworden.

Wieder ein Todesopfer. Der Bergmann Otto Schäfer in Brakel, der in der Wickeder Straße, unmittelbar an der Sperrgrenze wohnt, wurde am 9. d. Mts., abends 11½ Uhr, von einem französischen Posten erschossen, als er sich in die seiner Wohnung gegenüberliegende Wirtschaft begeben wollte.

Scharfe Diktatur in Spanien.

Die **Kriegsgerichte** in Spanien fahren fort, energisch gegen die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit vorzugehen. Der Anstifter der Überfälle in Terrasola (Barcelona) ist bereits hingerichtet. Ein bei Barcelona angehaltenes Automobil enthielt dreißig Bomben. Die Insassen wurden verhaftet, waren drei Stunden später kriegsgerichtlich abgeurteilt und eine Stunde darauf erschossen. Drei Banditen, die auf eine Bank in Barcelona einen Anschlag verübten und während ihrer Verfolgung einen Polizisten erschossen, wurden am Sonntag vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt, erhielten abends den Besuch eines Priesters und wurden Montag früh hingerichtet. Zahlreiche Gewerkschaftsführer sind festgenommen.

Pariser Blätter machen Angaben über die näheren Umstände des von Primo di Rivera ins Werk gesetzten Gewaltstreiches. Der König, der den Generalhauptmann am Tage nach der Revolution zu sich berufen hatte, erklärte, er wünsche, daß Primo di Rivera unter Einziehung von Zivilisten zur Bildung eines Ministeriums schreite. Seine Bitte scheiterte aber an der Festigkeit des Diktators, der sich entschieden weigerte, auch nur um ein Haar breit von seinem Programm abzuweichen. König Alfons bestand so nachdrücklich auf seiner Bitte, daß Primo di Rivera ihm kurz mit folgender Erklärung das Wort abschnitt: „Ich habe in meiner Proklamation verkündet, daß wir entschlossen sind, alles zu tun, um das Vaterland und den König zu retten. Es bleibt nur ein Weg übrig, nämlich einen von beiden Ausdrücken zu streichen." Der Monarch gab hierauf nach.

Baltenstaaten.

Lettische Ansprüche im Memelgebiet.

Der lettische Universitätslehrerverein hat beschlossen, von der litauischen Regierung zu fordern, den im Memelgebiet wohnenden Kuren die nationale Autonomie zu erteilen. Die Kuren seien lettisch, und erst während der Herrschaft der Deutschen seien sie verdeutscht worden. Der genannte Verein habe bereits Schritte unternommen, um das nationale Empfinden der Kuren zu wecken. Zwei Pastoren sollen zu ihnen fahren und ihnen Predigten in lettischer Sprache halten. Auch sollen die Kuren materiell unterstützt werden. Die kurische Jugend solle Stipendien erhalten, damit sie lettische Schulen besuchen und sich für den Lehrerberuf vorbereiten könne. Es werde auch gewünscht, daß wohlhabende Letten während der Sommermonate kurische Kinder zu sich nehmen. Ebenso sollen Schritte bei der lettischen Regierung unternommen werden, damit die Kuren der lettischen Nationalität zugeführt würden.

Aus der Sowjetföderation.

Russischer Weizen nach Frankreich.

Aus Moskau wird gemeldet: Der „Exportchleb" hat mit französischen Firmen einen Vertrag über Lieferung einer großen Partie russischen Weizens neuer Ernte abgeschlossen. Die Franzosen haben zum ersten Mal den Kauf in russischem Gelde, in Tschervonzen, abgeschlossen.

Deutsche Waldkonzessionen in Rußland.

Aus Moskau wird gemeldet: Der Rat der Volkskommissare hat seine Zustimmung zu einem wirtschaftlich bedeutsamen Vertrage erteilt, der einer deutschen Gruppe eine forstwirtschaftlich-industrielle Konzession im Gebiete der Eisenbahn Urga—Rybinsk auf die Dauer von 25 Jahren erteilt. Schon im Mai d. Js. war über das Objekt ein Vorvertrag zwischen der russischen Regierung und der Gesellschaft für die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Osten, Berlin, abgeschlossen worden. Das zur Ausbeutung bestimmt Waldgebiet erstreckt sich in einer Ausdehnung von etwa einer Million Desjatinen zwischen den beiden von Petersburg ausgehenden Hauptbahnlinien, der Nordbahn und der früheren Nikolaibahn, die jetzt den Namen Oktoberbahn führt. Es wird von einer noch nicht dem Verkehr übergebenen Bahn durchzogen. Ein Teil der Waldgebiete ist noch nicht erschlossen; ihre ökonomische Bewirtschaftung wird erst durch den Ausbau der genannten Strecke möglich. Der übrige Teil der Waldmassive liegt mit günstigen Flößungsverhältnissen im Zufuhrgebiet zum Petersburger Hafen. Die Waldungen bestehen vorwiegend aus Nadelhölzern, die nach Qualität und Quantität jede Fabrikationsmöglichkeit zulassen.

Radek droht der Entente.

In einem Leitaufsatz der Moskauer „Izwiestija" warnt Radek die Entente vor einer endgültigen Vernichtung Deutschlands. Radek, der Stresemanns Ausspruch, Deutschland würde froh sein, in der Lage Österreichs zu sein, zitiert, bezweifelt es lebhaft, ob Deutschland mit solchen finanztechnischen Palliativmitteln, wie es etwa eine zur Stabilisierung der Währung eingeräumte Anleihe wäre, gedient sein würde. Österreich verschwinde gegenüber Deutschland mit seinen ungeheuren Bedürfnissen. Es sei auch stark in Zweifel zu stellen, ob die erdrückende Mehrzahl des deutschen Volkes Stresemanns Ideal teile. Sowjetrußland, ein „Land der revolutionären Ordnung", fühle sich mit den deutschen werktätigen Massen solidarisch. Ein Schicksalsband verknüpfe beide Länder. Ein der Entente völlig ausgeliefertes Deutschland würde Sowjetrußland größten Gefahren aussetzen. Im Angesicht einer solchen Bedrohung würde die Sowjetdiplomatie ausrufen müssen: „Unsere Friedensliebe hat ihre Grenzen!" Sollten die anderen das Schwert in die Wagschale zu werfen beabsichtigen, so seien sie gewarnt, daß auch der erste Proletarierstaat ein Schwert in der Hand habe.

Die nationale Zusammensetzung der Russischen Kommunistischen Partei.

Die Russische Kommunistische Partei ist aus Vertretern von etwa 100 verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzt, unter denen die großrussische mit 72 Prozent an der Spitze steht. Es folgen die Ukrainer mit fast 6 Prozent, dann kommen die Juden mit über 5 Prozent. Die Zahl der Großrussen betrug nach der Listenführung im Jahre 1922 bei einer Parteistärke von 375 693 Mitgliedern 270 409 Personen, Ukrainer zählte man 220 078, Juden 19 564, Deutsche 2217. Die einzelnen Nationalitäten sind über das weite Gebiet Rußlands verstreut, allein in Turkestan z. B. rekrutiert sich die Kommunistische Partei aus 57 verschiedenen Völkerschaften, von denen nur 15 zu den eigentlichen Bewohnern dieses Landes gehören. Auch unzivilisierte Stämme haben zur Parteibildung Mitglieder geliefert, u. a. Zigeuner, Kurden, Jakuten usw., deren Zahl und Einfluß natürlich sehr gering ist.

Die Malaria in der Sowjetukraine.

In der Sowjetukraine wütet die Malaria. Nach amtlichen Angaben beträgt die Zahl der gemeldeten Krankheitsfälle rd. 240 000. Die Sterblichkeitsziffer wächst.

Eine japanische Mission in Kiew.

In Kiew ist eine japanische Handelsmission eingetroffen, die die Beziehungen zwischen Südrußland und Japan studieren soll. Die Abordnung beschäftigte sich unter anderem mit der Seeverbindung zwischen Odessa und Japan.

Neues vom Tage.

§ Neue Eisenbahnüberfälle. Zwei neue Attentate wurden in deutschen Eisenbahnzügen verübt. Sonntag vormittag wurde im Toilettenraum eines Wagens des in Berlin einlaufenden D-Zuges Köln—Berlin eine Frau bewußtlos aufgefunden. Als sie wieder zu sich kam, erklärte sie, sie wurde kurz vor Magdeburg in der Nähe der Toilette von einem Reisenden angefallen und in die Toilette gedrängt und dort mit Chloroform betäubt. Nach ihrer Aussage fehlen ihr die Brieftasche, der Ehering und die Koffer, die im Gepäcknetz ihres Abteils lagen. — Auf der Fahrt von Berlin nach München wurde ein Reisender, Iwanowitsch Brewitz, betäubt und beraubt. Er wurde am Donnerstag in dem D-Zug, der 9,44 Uhr abends den Anhalter Bahnhof verläßt, zwischen Leipzig und Altenburg in seinem Abteil bewußtlos aufgefunden. Nach der vorläufigen Meldung gab Brewitz, wieder zum Bewußtsein gekommen, an, daß er bereits in Berlin kurz nach dem Besteigen des Zuges mit einem Mittel betäubt worden sei. Ihm wurden ein neuer, gelber Lederkoffer mit Kleidungsstücken und Wäsche, eine silberne, viereckige Armbanduhr mit goldenem Zifferblatt, eine Brieftasche aus rotem Saffianleder, die einen Paß auf den Namen Iwanowitsch Brewitz, ausgestellt von der Sowjetregierung in Moskau, und 800 englische Pfund (über 325 Milliarden Mark) in 5-, 20- und 30-Pfundnoten enthielt, außerdem sein Mantel geraubt.

§ Erdbeben in Persien. In der persischen Provinz Kerman wurden am Dienstag im Laufe von zwei Stunden vier Erdbeben verspürt, von denen das erste zwei Minuten dauerte. Der angerichtete Schaden soll sehr beträchtlich sein. Nach den bis jetzt vorliegenden Angaben wurden mehrere Dörfer vollkommen vernichtet, 128 Menschen getötet, mehrere hundert Menschen verletzt.

§ Pulverexplosion in Newyork. Nach einer Meldung aus Newyork Amboy sind beim Umladen von Kraftkähnen auf Güterwagen 1000 Kisten mit rauchlosem Pulver explodiert. Vier Personen wurden getötet, 20 verletzt, darunter 15 schwer. Die Erschütterung war so stark, daß Automobile in der Umgegend umgestürzt wurden und Personen, die 100 Meter weit vom Orte der Explosion entfernt waren, von Stichflammen erfaßt und verbrannt wurden.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Der Fluchtlinienplan für die ul. Poznańska und Wązka liegt in der Zeit vom 26. 9 bis 24. 10. 1923 im Büro VII Stadthaus, Zimmer 33 zu Jedermanns Einsicht offen aus. Etwaige Einwendungen gegen diesen Plan sind in dieser Zeit bei uns einzubringen.

Poznań, den 22. September 1923.

Magistrat VII.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Oktober 1923

Name ...

Wohnort ...

Postanstalt ...

Straße ...

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch,	den 26. 9. 23, um 7½: **„Carmen"**, Oper von Bizet.
Donnerstag,	den 27. 9. 23: **„Ballett-Abend"**.
Freitag,	den 28. 9., um 7½ Uhr: **„Die Fledermaus"**, Komische Oper von Strauß.
Sonnabend,	den 29. 9., um 7½ Uhr: **„Die toten Augen"**, Oper von d'Albert.
Sonntag,	den 30. 9., um 7½ Uhr: **„Ballett-Abend"**.

Aus Stadt und Land.

Posen, 26. September.

Der neue Posttarif.

Wie bereits erwähnt, tritt am 1. Oktober d. Js. wieder ein neuer Posttarif in Kraft, der eine erhebliche Erhöhung der Sätze bedeutet, die seit dem 1. September d. Js., also genau einen Monat, gegolten haben. Die Hauptbestimmungen des neuen Tarifs sind folgende:

a) **Inlandsverkehr.**

Gewöhnliche Briefe: Briefe bis zu 250 Gramm im Ortsverkehr 3000 M. Im auswärtigen Verkehr kosten Briefe bis zu 20 Gramm 3000 M., über 20 bis 250 Gramm 6000 M., Amtsbriefe über 20 bis 2000 Gramm 6000 M.; **Postkarten:** a) einfache 1500 M., b) mit Rückantwort 3000 M.; **Ansichts- und Glückwunschkarten,** die höchstens 5 Worte enthalten, 300 M.; **Drucksachen** bis zu 25 Gramm 300 M., bis zu 50 Gramm 600 M., bis 100 Gramm 1200 M., bis zu 250 Gramm 2500 M., bis zu 500 Gramm 3500 M., bis zu 1000 Gramm 5000 M., amtliche Drucksachen über 1000 Gramm bis 2000 Gramm 5000 M.; **Blindendrucke** im Gewicht von 500 Gramm 50 M., bis 1000 Gramm 100 M., bis 1500 Gramm 150 M., bis 2000 Gramm 200 M., bis 2500 Gramm 250 M., bis 3000 Gramm 300 M.; **Handelspapiere** (auch Manuskripte ohne Korrekturen) bis zu 250 Gramm 2500 M., bis 500 Gramm 3500 M., bis 1000 Gramm 5000 M.; **Warenproben** bis 100 Gramm 1500 M., bis 250 Gramm 2500 M., bis 500 Gramm 3500 M., bis 1000 Gramm 5000 M.; **gemischte Sendungen** bis zum Gewichte von 250 Gramm 2500 M., bis 500 Gramm 3500 M., bis 1000 Gramm 5000 M.; **Postanweisungen** bis zu 1000 M. 50 M., bis 5000 M. 100 M., bis 10 000 M. 200 M., für jede weiteren 10 000 M. 100 M. Die höchste Überweisungssumme beträgt 10 Millionen Mark; **Wertbriefe:** geschlossene Wertbriefe, durch den Aufgeber versiegelt, bis zum Gewicht von 20 Gramm 3000 M., bis zum Gewicht von 250 Gramm 6000 M., Amtsbriefe über 20 Gramm bis zu 2000 Gramm 6000 M.; Auftraggebühr 3000 M., Gebühr vom angegebenen Werte für jede 100 000 M. 1000 M.; **Pakete** bis zu 1 Kilogr. 5000 M., bis 5 Kilogr. 25 000 M., bis 10 Kilogr. 50 000 M., bis 15 Kilogr. 75 000 M., bis 20 Kilogr. 100 000 M.

Nebengebühren: Rekommandationsgebühr 3000 M., Eilgebühr 10 000 M., schriftliche Mitteilung auf dem Blanket P. K. O. 1500 M., Empfangsgebühren: Zustellungsgebühr für Geldbriefe, Postanweisungen und Scheckzahlungsanweisungen der P. K. O. bis zu 10 000 Mark 50 M., über 10 000 bis 100 000 M. 500 M., über 100 000 bis 300 000 M. 2000 M., über 300 000 bis 500 000 M. 4000 M., über 500 000 bis 1 Million Mark 5000 M., für jede weitere Million oder ihre Teile 2000 M.

b) **Telegrammtarif.**

Wortgebühr 3000 M., Grundtaxe 30 000 M.; für dringende Telegramme 9000 M. Wortgebühr, 90 000 M. Grundgebühr.

c) **Fernsprechgebühr.**

Die Gebühr für ein Dreiminuten-Ferngespräch beträgt bis zu 25 Kilometern 10 000 M., bis 50 Kilometern 20 000 M., bis 100 Kilometern 30 000 M., bis 200 Kilometern 50 000 M. und für jede weitere 100 Kilometer 10 000 M. Für dringende Gespräche wird die dreifache Gebühr erhoben.

d) **Auslandsverkehr.**

Gewöhnliche Briefe: a) nach der Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn bis zu 20 Gramm 4000 M., für jede weiteren 20 Gramm 2500 M.; b) in das übrige Ausland, z. B. nach Deutschland, bis zum Gewicht von 20 Gramm 5000 M., für jede weiteren 20 Gramm 2500 M., das Gewicht darf nicht mehr als 2 Kilogramm betragen; **Postkarten:** a) nach der Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn 2000 M.; b) nach dem übrigen Auslande 3000 M.; **Drucksachen und Zeitungen** für jede 50 Gramm 1000 M.; **Handelspapiere** für jede 50 Gramm 1000 M., mindestens 5000 M.; Höchstgewicht 2 Kilogramm; **Warenproben** für jede 50 Gramm 1000 M., mindestens 2000 M., Höchstgewicht 500 Gramm; die Warenproben dürfen nicht länger als 30 Zentimeter, nicht breiter als 20 Zentimeter und nicht höher als 10 Zentimeter sein. **Rekommandationsgebühr** 5000 M.; **Rückbescheinigung:** a) bei der Aufgabe 5000 M., b) nach der Aufgabe 10 000 M.; Reklamationsgebühr 10 000 M., Eilgebühr 10 000 M. Grundsätzlich müssen alle Briefpostsendungen nach dem Auslande bei der Aufgabe ganz freigemacht werden. Ungenügend oder gar nicht freigemachte Sendungen werden den Absendern zur Ergänzung der Gebühren zurückgegeben.

Der Konflikt der Aerzte mit den Krankenkassen

hat sich bis zu dem Zustande der Kontraktlosigkeit zugespitzt; das heißt, die Ärzte behandeln ihre Patienten weiter, aber als Privatpatienten, nicht als Kassenmitglieder. Die Krankenkasse, die das „Posener Tageblatt“ boykottiert, macht folgendes bekannt:

„Der Verband der Ärzte hat mit dem gestrigen Tage sich außer Kontrakt gesetzt. Infolgedessen verpflichtet § 2 der Verordnung des Herrn Wojewoden vom 7. 9. d. Js., d. h. das Preisverzeichnis nach dem Punkt-System, veröffentlicht im Dziennik Urzędowy Nr. 32, Seite 237. Im Sinne dieser Verordnung gebührt den Herren Ärzten für ihre Berufstätigkeit, sofern die Krankenkasse der Zahler ist, der niedrigste Betrag des Wojewoden-Tarifs, nämlich: 20 000 M. für eine Konsultation am Tage; 50 000 M. für einen Besuch am Tage usw. Die Nichteinhaltung des amtlichen Tarifs wird als Wucher angesehen. Der Dziennik Urzędowy Nr. 32 liegt im Bureau der Krankenkasse zur Einsicht aus.“

Ferner veröffentlichen die polnischen Blätter folgende Mitteilung des Ärzteverbandes:

„Seit dem 24. September herrscht in Posen zwischen den Ärzten und den drei Ortskrankenkassen der Zustand der Vertragslosigkeit, da die Kassen es unterließen auf Grundlage des veröffentlichten amtlichen Wojewodschaftstarifs mit Berücksichtigung der gesetzlich vorgesehenen Teuerungszulagen neue Verträge für September zu schließen. Die Ärzte wurden zu dem entscheidenden Schritt durch das Verhalten der Kassen gezwungen, die die von ihnen geschlossenen Verträge hinfällig machten. Die Liquidationen der Ärzte für Juli und August wurden bis jetzt noch nicht reguliert. Trotzdem haben die Ärzte im September 23 Tage hindurch die Krankenkassenpatienten in loyaler Weise ohne besonderen Vertrag behandelt, da sie damit rechneten, daß die Kassen die neuen Verträge vor dem 1. Oktober schließen würden. Unter diesen Umständen und da das Abkommen, nach dem die Ärzte zwei Drittel des ihnen zustehenden Betrages vor Ablauf von drei Tagen nach Vorlegung der Rechnung erhalten sollen, nicht eingehalten wurde, können die Ärzte zu den Krankenkassen kein Zutrauen haben. Der Ärzteverband hat beschlossen, die Kassenpatienten gegen Barzahlung zu behandeln, bis diese unnormalen Verhältnisse beseitigt sein werden, und bis die Ärzte die Sicherheit erhalten haben werden, daß alle von der Kasse geschlossenen Verträge respektiert und mit voller Gewissenhaftigkeit erfüllt werden.“

Um gegen das Haager Schiedsgerichtsurteil zu protestieren,

hatte die christlich-demokratische Partei zu Montag abend eine Versammlung nach dem früheren Sternschen Saale einberufen. Hauptredner des Abends war der Abg. Geistl. Kubik. Seiner Rede folgte eine lebhafte Aussprache, nach der eine Entschließung angenommen wurde. In ihr ist die Rede von einer „Vergewaltigung der elementarsten Rechte des polnischen Landes“ und von der Notwendigkeit, sofort mit der Ausweisung der Optanten zu beginnen. Das sei die beste Antwort auf den Haager Schiedsspruch. Die Regierung wird aufgefordert, nicht länger zu zögern und von ihrem Recht Gebrauch zu machen. bw.

Oper und Ballett.

In einer Aufführung der Puccinischen „Bohème“ im Großen Theater (am Donnerstag der vorigen Woche) sang Frl. Marynowicz zum ersten Mal die weibliche Hauptrolle, die Mimi. Frl. Marynowicz ist der Kritik schon längst als eines der leistungsfähigsten und zuverlässigsten Mitglieder der hiesigen Operntruppe bekannt, und es wurde schon wiederholt bedauert, daß dieser stimmlich und musikalisch sehr begabten und ausgezeichnet geschulten Sängerin bis jetzt verhältnismäßig selten größere Aufgaben gestellt wurden. Das scheint jetzt erfreulicherweise anders werden zu sollen. Als Darstellerin der Mimi bewies Frl. Marynowicz wieder, daß sie von ihren schönen Stimmitteln mit Kunst und Geschmack Gebrauch zu machen weiß und daß sie auch die schauspielerische Durchführung ihrer Rollen sehr ernst nimmt. Der Abend bedeutete für sie einen vollen Erfolg.

Der Sonnabend brachte die erste Ballettaufführung der neuen Spielzeit und gab dem jetzigen Ballettmeister des Großen Theaters, Herrn Ciepliński, Gelegenheit, zu zeigen, daß er auch größere Aufgaben geschickt und künstlerisch zu lösen weiß. Als Hauptteile seines Programms hatte er nicht eigentliche Ballette gewählt, sondern zwei Werke sinfonischen Charakters, die hier als Pantomimenmusik verwendet wurden: Moniuszkos „Bajka“ („Das Märchen“) und Karłowiczs „Litauische Rhapsodie“. In beiden Pantomimen gab es nicht wenige hübsche Einfälle und geschmackvolle choreographische Leistungen, wenn auch freilich nicht geleugnet werden kann, daß das, was auf der Bühne geschah, nicht immer dem Charakter der Musik zu entsprechen schien. Stellenweise hätte man noch stärkere Anpassung der Bewegungen und Stellungen an den musikalischen Rhythmus und Akzent gewünscht. Neben manchem Gelungenen standen choreographische oder pantomimische Gemeinplätze, die nur ganz losen Zusammenhang mit dem hatten, was das Orchester spielte. Zwischen diesen beiden Hauptnummern wurde eine Reihe von Einzeltänzen und Einzelpantomimen vorgeführt. Als besonders gelungen dürfen hervorgehoben werden der „Oberek“ von Tomaszewski (Matuszewska, Greloff, Wierzbicka, Zaczkiewicz, Szubiakiewicz, Sawicki), der „Kujawiak“ von Wieniawski (Matuszewska und Ciepliński), der „Arabische Tanz“ zu einer Komposition von Grieg (Frl. Łukomska und fünf Herren), das Menuett von Paderewski (Sławińska, Szubiakiewicz, Sawicka) und der auch schon durch die hübschen Kostüme sehr wirkungsvolle „Oberschlesische Tanz“ (Sławicka, Matuszewska, Ciepliński). — Das Orchester stand unter der Leitung des Herrn Tyllia. Vor Beginn der Ballettaufführung spielte es, gewissermaßen als Ouvertüre, die bekannteste Polonaise von Chopin. Keine sehr glückliche Wahl. Denn gar zu oft hat man diese Nummer von guten und zum Teil hervorragenden Pianisten mit allem Raffinement und mit den feinsten Schattierungen vortragen hören, als daß sie in einer orchestralen Gewandung nicht der feinsten Art künstlerisch wirken könnte, — außer bei einer bis ins kleinste durchgearbeiteten, konzertmäßigen Wiedergabe. Um eine solche handelte es sich hier nun freilich nicht. — Herr Ciepliński, Herr Tyllia und die beteiligten Tänzer und Tänzerinnen wurden für die Leistungen des Abends mit starkem Beifall belohnt und durften auch Blumen in Empfang nehmen. wl.

X **Eine Stadtverordnetenversammlung** findet in dieser Woche ausnahmsweise am Freitag, dem 28. September, pünktlich 6½ Uhr statt.

Die Tagesordnung umfaßt 12 Punkte: darunter die Wahl eines Mitgliedes und dessen Vertreters für das Kollegium der Wasserangelegenheiten; Erhöhung des Straßenbahntarifs; Aufkauf von Straßenbahnaktien; Erhöhung des Teuerungszuschlags um 30 v. H. für September für Witwen und Waisen; Erhöhung der Arbeitslöhne usw.

X **Der scheidende Sommer.** Aller Wahrscheinlichkeit der letzten Tage zum Trotz brachte uns der gestrige Dienstag noch einen schönen Sommertag, und auch der heutige Mittwoch scheint ihm nicht nachstehen zu wollen. Es haben also die Leute Recht behalten, die behaupteten, daß, so lange der „Altweibersommer“ noch nicht eingetreten war, von einem endgültigen Rücktritt des Sommers noch nicht die Rede sein könne. Gestern konnte man ihn zum ersten Male beobachten. Es sind das die in der Luft umherfliegenden weißen Fäden, ein Gespinst junger, sehr kleiner Spinnen, die, vom Winde fortgetragen, Fäden nach sich ziehen, bis sie einen Ort zum Festhalten finden, dabei aber auch die Kleidung der Menschen nicht verschonen.

Größte Vorsicht beim Zählen von Papiergeld kann nicht oft und eindringlich genug angeraten werden. Wie man den „Allg. Nachr. aus Pommerell.“ berichtet, erkrankte in Thorn eine ältere Dame unter syphilitischem Ausschlag am Munde. Sie hatte beim Zählen des Geldes öfters die Finger mit der Zunge angefeuchtet. Das sollte nicht nicht nur aus sanitären, sondern auch aus ästhetischen Gründen unter allen Umständen vermieden werden. Außerdem ist es ganz selbstverständlich, daß man heute nach jedem Geldzählen sich die Hände gründlich wäscht.

Die Landwirtschaftliche Winterschule zu Birnbaum beginnt am 3. November ihren Unterricht. Die Schule eröffnet jedoch nur einen Unterkursus, und zwar neben der polnischen auch eine deutschsprachige Abteilung. Die Meldungen der Schüler erfolgen an den Winterschuldirektor v. Neyman, belegt mit dem Geburts- oder Taufschein, einem polizeilichen Führungsattest, dem Erlaubnisschein des Vaters oder Vormundes zum Besuch der Schule und dem letzten Schulzeugnis. Der deutschsprachige Oberkursus kann in diesem Jahre vom „Hauptverein deutscher Bauernvereine“ leider nicht abgehalten werden. Um jedoch den Schülern, die im vorigen Jahre den privaten Unterkurs erfolgreich besucht haben, ihre endgültige theoretische Ausbildung zu ermöglichen, wird der Deutsche Bauernverein zu Birnbaum, durch genossenschaftliche Mittel unterstützt, einen Privatkursus einrichten, der ebenfalls am 3. November beginnt und unter bewährte Leitung gestellt wird. Anmeldungen zu dem Privatkursus, die baldmöglichst zu veranlassen sind, nimmt der „Deutsche Bauernverein“ zu Birnbaum an. Etwa neu hinzukommende Oberkursisten haben den erfolgreichen Besuch der Unterklasse einer Landwirtschaftlichen Winterschule durch Vorlage der Zeugnisse nachzuweisen.

bw. **Gewerkschaftsversammlung.** In einer gestern abend im Saale der „Królowa Jadwiga“ abgehaltenen, von etwa 3000 Personen besuchten Arbeiterversammlung berichtete Gewerkschaftssekretär Adamek über die wirtschaftliche, Kozłowski über die politische Lage und Gewerkschaftssekretär Krystek über den Konflikt der Posener Krankenkasse mit den Kassenärzten. Schließlich wurden Entschließungen, die sich gegen die Teuerung und gegen den Ärzteverband richten, einstimmig angenommen. Die Entschließungen fordern das Verbot der Lebensmittelausfuhr, bis der eigene Bedarf sichergestellt ist, Übernahme und verschärfte Beaufsichtigung der Ausfuhr durch den Staat, Gefängnisstrafe für die Wucherer und Schieber, Entlohnung der Arbeiter in Höhe der Vorkriegszeit. Zum Schluß der Versammlung führte der Berichterstatter Adamek über die Abwanderung der polnischen Arbeiter nach Frankreich u. a. folgendes aus. Nach Frankreich geht jetzt das beste Menschenmaterial unseres Landes. Das wird in Zukunft nicht ohne Folgen für den Nachwuchs sein. Man sucht die polnische Jugend in Frankreich durch Behinderung des polnischen Unterrichts zu assimilieren. Verlangt werden jetzt besonders weibliche Arbeitskräfte. Dadurch soll der Degeneration der französischen

---

Reisebericht aus Deutschland.

Von M. M.

Das Überschreiten der Grenze zum früheren Vaterlande ist von einem eigentümlichen Gefühl begleitet. Man fühlt sich jenseits der Zollschranke mehr mit der Umwelt verbunden, mehr im Ganzen drin. Die ungehemmte und leichte Möglichkeit der Verständigung schafft ein anderes Verhältnis zu den Mitmenschen. Man ist auf einmal zu Hause, wenn man auch jahrelang unter anders Sprechenden wohnte. Mögen es im einzelnen andere Dinge und Fragen sein, die unsere Stammesgenossen im Reich bewegen, über alles einzelne hinaus liegt ein Gebiet der Verbundenheit: das deutsche Volkstum, die deutsche Sprache. Man versteht, weshalb gerade der Auslandsdeutsche diese hohen Güter ganz anders zu schätzen weiß als die meisten Reichsdeutschen. Diese empfinden vielfach nur das Trennende, den politischen, religiösen, gesellschaftlichen Abstand und Zwiespalt. Der jedoch, den lange fremde Laute umtönten, fremdes Wesen umgab, der empfindet beim Besuch im alten Vaterlande vor allem das Eine: Deutscher unter Deutschen.

*

Berlin. Eine eigenwillige, aber vielgeliebte Schöne, freilich mit einem brutalen Zug auf den Lippen. Die Hauptstadt Deutschlands, Schlösser, Paläste, Siegesdenkmäler und Säulen und zahllose geschichtliche Erinnerungen umschließend. Eine internationale Stadt. Ein Ort, wo man vieles, ja fast alles sehen, hören, kennen lernen und genießen kann. Angefangen von mustergültigen Theateraufführungen, Konzerten und anregenden Vorträgen bis zu den raffinierten und perversen Reizmitteln des „modernen Menschen“. Kokotten in jeder Aufmachung, Hypnotiseure, nächtliche Spielklubs, Haschisch, Kokain, Sadismus, Masochismus usw. Die Hauptstadt Preußens, die Stadt des großen Kurfürsten und Friedrichs II., das Werk der Hohenzollern, die die Stadt groß gemacht haben und ihr in vielen Teilen einen Stempel aufdrückten, den die modernen Umrankungen doch nicht ganz entstellt haben. „Hier ist Deutschland“, so fühlt mancher preußisch Empfindende, wenn er, vom Ausland kommend, das Berliner Pflaster betritt. Mancher freilich fühlt mehr das Fremde, Undeutsche in Berlin heraus, dem Tummelplatz der Ausländer aller Nationen und Erdteile, dem Spülbecken von allerlei Abschaum, von Gauner- und Verbrechertum.

Was soll ich den Prunk und die Pracht der Vermögenden, der jetzt so sehr „gemischten“ oberen Zehntausend schildern? Die glänzenden Toiletten, die blitzenden Autos, den Brillantschmuck usw. Soweit es sich um Schieberexistenzen handelt, die den bekannten Typus „Raffke“ geschaffen haben, möchte man es lieber gar nicht sehen. Soweit es echt und gediegen ist, soweit es auf Arbeit und Verdienst beruht, sieht man es lieber auf anderem Hintergrunde als auf dem des Weltstadtgetriebes. Etwa in einem Schloß, einer Vorortvilla, in den Empfangssälen eines herrschaftlichen Landhauses, aber nicht hier, Schulter an Schulter mit dem krassesten Elend, auf dem unterhöhlten, fiebernden Boden der Riesenstadt. Ich will lieber erzählen von den seltsamen Gestalten der Armut. Von jenem Phantasiegenießer, den ich mehrere Tage beobachtete. Täglich pünktlich um 11 Uhr vormittags stellt er sich an einem Delikatessengeschäft der Friedrichstraße ein, um den gesamten Schaufensterinhalt mit den Augen zu verzehren. Mit verbogenem Hals, verdrehten Augäpfeln, genüßlich aufgeworfenem Mund verschlingt er in der Vorstellung durcheinander: Weintrauben mit extragroßen Beeren, Tafelbirnen, Käse in Staniolpackung, Anchovispaste, Aal in Gelee, Salami- und Mortadellewurst, Kognaks und Liköre, ohne sich je den Magen daran zu verderben. Starr wie ein Besessener steht er dort. Stundenlang.

Groß ist die Zahl der Straßenverkäufer und offenen Bettler. Zeitungen, Blumen, Zigaretten und Streichhölzer sind die Hauptartikel, aber es werden auch sonst die merkwürdigsten Dinge angeboten. Ich sah z. B. einen Mann, vielleicht taubstumm, der schweigend einen jungen Hund den Vorübergehenden entgegenhielt. Ein anderer hatte kleine Hunde in den Rocktaschen und ein Schild mit der Aufschrift „Tierbörse“ auf der Brust. Ob die Tierbörse nur aus dem Inhalt seiner Taschen bestand, oder ob er noch irgendwo weiteren Vorrat seiner lebendigen Ware hatte, weiß ich nicht. Anderswo hat einer ein Harmonium auf den Bürgersteig gestellt und orgelt dem stehenbleibenden Publikum fromme Weisen vor. Eine Blechbüchse für freiwillige Gaben steht auf dem Instrument. Weiter ab von den großen Verkehrsstraßen gewinnt der Bettel ein anderes Aussehen. Hier kommt es vor, daß Hausfrauen mit der Markttasche am Arm den gutgekleideten Vorübergehenden um eine Gabe ansprechen, weil angesichts der stündlich wachsenden rasenden Teuerung das Geld nicht mehr zum Einkauf der Lebensmittel reicht. Des Nachts schleichen gespenstische Gestalten mit wahren Nachtgesichtern, behängt mit großen Säcken durch die Verkehrsadern, jedes Stück Papier aufgabelnd, sei es auch noch so schmutzig. Nebenbei suchen sie auch nach Wertgegenständen, Schmuckstücken usw., wie sie in Berlin massenhaft verloren werden. Übrigens ist Altpapier ein begehrter Artikel, der ziemlich gut bezahlt wird. Vielfach sammelt man die kleinen Geldscheine, die als solche wertlos sind, also die 5-, 10-, 20-, 50-, 100- und 500-Markscheine, und erzielt beim Verkauf als Altpapier unter Umständen Summen, die das Vielfache des Nennwertes darstellen. Zum Kleingeld muß man übrigens schon seit längerer Zeit auch die 1-, 5-, 10-, 20-, 50- und sogar schon die 100-Tausendmarkscheine rechnen. Wie bald werden auch die 200 000, 500 000 und die Ein- und Zweimillionenscheine zu derselben Rolle herabsinken.

*

In einer kleinen Stadt. Von Berlin geht es nach B. an der Elbe. Ein kleines Städtchen von etwa 8000 Einwohnern in vorwiegend landwirtschaftlicher Gegend. Hier beginnt die Magdeburger Börde mit großen Bauerndörfern und riesigen Rittergütern. Auf die Preise der Nahrungsmittel für Nicht-Selbsterzeuger hat dies freilich wenig Einfluß, denn die Berliner und Magdeburger Preise sind jedem Landwirt bekannt, da der größte Teil der Erzeugnisse dorthin verhandelt wird. Das Städtchen bietet nichts Besonderes und wurde nicht um seinetwillen aufgesucht. Es macht den verschlafenen, verlorenen Eindruck, wie die meisten dieser Nester, ohne etwas baulich oder geschichtlich Bemerkenswertes zu bieten. Die Einwohner scheinen dies auch zu fühlen. Ihre Neugier gegenüber einem Fremden ist groß, und ich werde mehrfach schüchtern gefragt: „Sind Sie ein neuer Lehrer für das Seminar?“ „Sind Sie ein Angestellter von der „Maizena“?“ Die Maizena — ja was ist denn das? Das Städtchen B. wäre noch viel verschlafener und abgeschiedener, wenn nicht die „Maizena“, ein großes amerikanisches Unternehmen, sich nahe dabei aufgetan hätte. Es handelt sich um die Herstellung von Maismehl und ähnlichen Erzeugnissen. Ein umfangreiches Fabrikgebäude ist in den letzten Jahren erbaut worden, eine ganze Kolonie von Wohnhäusern der Angestellten und Arbeiter der „Maizena“ schließt sich an, so daß geradezu ein neues Stadtviertel im Entstehen ist. Weit und breit gibt es seit langem keine Arbeitslosen in B. und Umgebung. Alles ist im Dienste der „Maizena“ beschäftigt, die ausschließlich mit amerikanischem Kapital arbeitet. Bis jetzt beim Bau der Fabrikgebäude, der Schuppen und Lagerspeicher und der anschließenden Wohnhäuser, für die Zukunft in der Fabrik selbst und auf den Maisfeldern, die einen großen Flächenraum bedecken sollen. Die eigenen Geldscheine der „Maizena“ kursieren in der Stadt und werden unbesehen angenommen. Die „Maizena“ veranstaltet große Vergnügungen, bei denen sich die Hälfte der Mädchen des Ortes verlobt. „Maizena“ klebt, leimt und kittet alles. Man sieht hier an einem verhältnismäßig kleinen Beispiel, was die Amerikaner können, — wenn sie wollen.

Bevölkerung ein Damm entgegengesetzt werden, denn unser Frauenmaterial ist gut. (Heiterkeit.) Wir müssen aber selbst genügend Arbeit im Lande beschaffen. Haben wir etwa zu viel Schulen, Kranken- oder Wohnhäuser und dergleichen? Der polnische Arbeiter gleicht dem Ahasver, der unter mannigfaltigen Mühsalen sein Brot in der Fremde suchen muß. Das soll anders werden, und deshalb verlangen wir zunächst die Arbeitslosenunterstützung. Wir brauchen unsere Arbeiter zum Aufbau unseres Landes selbst. Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen.

Die St. Matthäigemeinde bittet uns, darauf hinzuweisen, daß sie am kommenden Sonntag (Erntedankfest), dem 30. September, abends 8 Uhr, in ihrem Gotteshause eine musikalische Abendfeier veranstalten will. Ein Eintrittsgeld wird nicht erhoben, doch erhofft die Gemeinde von der Sammlung beim Ausgange aus der Kirche einen Gewinn für ihre sehr umfangreiche und schwere Armenarbeit. In Anbetracht dieses guten Zweckes haben Fräulein Konzertsängerin Bizing-Mann und Konzertmeister Ehrenberg ihre freie Mitwirkung an dieser Feier freundlichst in Aussicht gestellt; diesen wird der Kirchenchor unter der bewährten Leitung seines Dirigenten Kroll zur Seite treten. Die Gemeinde wird durch gemeinsam gesungene Lieder aus dem Gesangbuch, das mitzubringen ist, an der Feier selbst teilnehmen. Wir machen gern auf diese Feier aufmerksam und empfehlen ihren Besuch auch den Mitgliedern anderer Gemeinden.

X **Die Posener Richtpreise** für die Zeit vom 26. September bis 2. Oktober bleiben unverändert. Nur für Eier wurde der Preis von 33 000 Mark auf 40 000 M. für die Mandel erhöht.

X **Neue Straßenbahnfahrpreise.** Die Straßenbahn wird, wie wir zuverlässig erfahren, vom 1. Oktober ab berechnen: die Einzelfahrt mit 5000 Mark, die Monatskarte mit 260 000 Mark.

X **Der neue Gaspreis.** Der Magistrat erhöht das Gas vom 28. September ab auf 8000 M. für das Kubikmeter; bisher betrug der Preis bekanntlich 6000 M.

Rita Sacchetto, die bekannte Tänzerin, die auch in Posen schon wiederholt mit großem Erfolg aufgetreten ist, gibt hier am kommenden Sonntag (30. September) ein Tanzmatinée im großen Saal des Apollo-Theaters. Das Programm enthält Tanzvorführungen zu Musik von Gillet, Moszkowski, Rubinstein und Schumann. Kartenvorverkauf in der Zigarrenhandlung von W. Górski (Hotel Monopol).

Egon Petri, der bekannte Pianist, spielt in Posen am Donnerstag, dem 4. Oktober, im großen Saal des Evang. Vereinshauses Werke von Bach-Busoni, Beethoven und Chopin. Kartenvorverkauf in der Zigarrenhandlung von W. Górski (Hotel Monopol).

X **Fliegertod.** Auf dem Flugplatz Lawica trug sich gestern vormittag kurz nach 10 Uhr wieder ein schwerer Unfall zu. Der Fliegerleutnant Adam Swida war mit seinem Flugzeug „Bristol" in Begleitung des Mechanikers Zachors bis zu einer Höhe von etwa 80 Metern aufgestiegen, als der Motor plötzlich versagte und das Flugzeug abstürzte. Das letztere wurde zertrümmert, Swida erlitt sofort den Tod, während Zachors mit einem schweren Beinbruch davonkam.

X **Bestohlene Zigeuner.** Einem an der Neuen Warthebrücke lagernden Zigeunertrupp wurde ein 20jähriger Schimmel im Werte von 12 Millionen Mark gestohlen. — Ferner wurden gestern gestohlen: vom Boden des Hauses Czartorja 1 (fr. Dammstraße) für 20 Millionen Mark Wäschestücke und aus einer Wohnung des Hauses Grobla 18 (fr. Grabenstraße) für 25 Millionen Herrenkleidungsstücke.

X **Polizeilich festgenommen** wurden gestern 13 Dirnen, 7 Betrunkene, ein Bettler und 8 Personen wegen Diebstahls.

* **Bromberg**, 23. September. Am Freitag wurden auf dem hiesigen Bahnhofe auf Veranlassung des Kommissars zur Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers 10 Fässer mit Butter beschlagnahmt.

* **Dirschau**, 22. September. Eine ganz außergewöhnliche Auseinandersetzung zwischen einer Mieterin und Hausbesitzern fand in einem Hause am Markt statt. Im Verlauf einer mündlichen Auseinandersetzung über Wohnungssachen ließ sich die angebliche „Frau" eines früher hier tätigen Beamten, dem jetzt ein anderer Wirkungskreis zugeteilt worden ist, hinreißen, die Wirtin mit einem Browning zu bedrohen und schließlich gab sie auch einen Schuß ab, ohne aber glücklicherweise weiteres Unheil anzurichten. Im Gebrauch der Waffe gehindert, ging sie dann noch schließlich mit einem Topfe kochenden Wassers gegen die Hauswirtin vor. Nachdem man dann schließlich im Laufe des Tages die Polizei zu Hilfe rief, wurde abends die Verhaftung dieser renitenten „Dame" verfügt. Sie lehnte aber, wie die hiesige „Dtsch. Ztg." f. Pommerell." berichtet, jeden Gang zur Polizeiwache ab, nur mittels Fuhrwerks wollte sie dorthin geschafft werden. Es blieb unseren Polizeibeamten schließlich weiter nichts übrig, als ein Fuhrwerk zu besorgen, indem man kurzerhand einen der im Spritzenhaus stehenden Krankenwagen herausholte, sie dort hinein expedierte und dann so zur Polizeiwache schaffte.

* **Inowroclaw**, 20. September. Auf der nach Parchanie führenden Chaussee trieben in letzter Zeit, wie der „Kuj. Bote" berichtet, einige Banden ihr Unwesen, indem sie vorübergehende oder -fahrende Personen überfielen, mit Messern bedrohten und beraubten. So wurde am Sonntag, 9. d. Mts., der hiesige Einwohner Krzymiński, der mit seiner Tochter nach Hause fuhr, überfallen und mit Messern verwundet. Auf die Hilferufe der Tochter des Überfallenen eilten mehrere Herren, die von der Jagd kamen, herbei, entwaffneten die Banditen und stellten deren Namen fest, so daß sie von der Polizei festgenommen werden konnten. Bei der Festnahme entriß einer der Banditen einem Polizeibeamten die Waffe und schlug diesen damit derartig, daß er ins Spital gebracht werden mußte. Die festgenommenen Banditen sind Burschen im Alter von 20 bis 24 Jahren. Die Überfälle wurden von ihnen seit einiger Zeit planmäßig ausgeführt, so daß die Einwohner von Parchanie und Słońsk in steter Unsicherheit lebten. Dem energischen Einschreiten der Polizei von Wonorze ist es nun zu verdanken, daß die dortige Gegend von den gefährlichen Elementen gesäubert ist. Die Banditen befinden sich hinter Schloß und Riegel und sehen einer strengen Bestrafung entgegen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau**, 21. September. Ein eigenartiger Unglücksfall hat sich dem „Przegl. Wiecz." zufolge in einer der letzten Nächte hier zugetragen. Eine 34jährige Frau, Mutter dreier kleiner Kinder, hat nach Aussagen ihrer Verwandten in den letzten Wochen nachts oft an schweren Träumen gelitten und selbst, wenn sie erwachte, noch geglaubt, Geister zu sehen. Insbesondere schien ihr, als ob ein riesiger Kater und dann wieder ein mächtiger großer Hund im dunkeln Zimmer vor ihr auftauchten. Durch diese Visionen litten ihre Nerven sehr stark. In der fraglichen Nacht wiederholte sich dieselbe Geschichte. Die Frau stieg aus dem Bett und ging zum Fenster, weil sie glaubte, daß die visionäre Gestalt das Zimmer zum Fenster verlassen hätte. Dabei muß sie sich im Halbschlaf zu weit vorgewagt haben, und sie stürzte auf die Straße, wobei ihr der Kopf auf den Steinen vollkommen zerschmettert wurde.

* **Krakau**, 21. September. Der „Rzeczp." zufolge erregt hier ein Todesfall, der unter sehr eigenartigen Umständen sich ereignet hat, großes Aufsehen. Ein junges Mädchen namens Zofja Burkowna wurde in einer Wohnung im Sterben vorgefunden. Es stellte sich heraus, daß sie von zwei jungen Leuten in diese Wohnung verschleppt worden war, wo man ihr eine größere Dosis Cokain verabfolgt hatte, nach deren Genuß sie in wenigen Minuten starb. Die beiden Täter konnten von der Polizei verhaftet werden.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Graudenz**, 25. September. Vor der hiesigen Strafkammer wurde am Donnerstag gegen mehrere Angehörige der Sekte der „Bibelforscher" verhandelt. Es hatten sich wegen antireligiöser Agitation und Verächtlichmachung von Glaubensartikeln der katholischen Religion die Beamten der Izba Skarbowa Sobczak und Tomczak von hier, ferner der Eisenbahnbeamte Kostkiewicz aus Culmsee und der Russe Dabczakow zu verantworten. Das Vergehen ist durch die Verbreitung einer in der Druckerei „Drukpol" hergestellten Broschüre begangen worden. Das Gericht erkannte gegen die Beschuldigten auf je 1½ Jahre Gefängnis.

Spenden für die Altershilfe.

K. Z. (17. Rate) Joh. 9,4	100 000.— M
Vortrag aus Nr. 183	100 000.— „
	200 000.— M.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bzw. überweisen, müssen dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden erbittet und nimmt gern entgegen

Die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ **Der polnisch-belgische Handelsvertrag** tritt dieser Tage in Kraft. Er ist für Polens Industrie und Handel sehr günstig und bahnt, wie „Ilustrowanny Kurjer Codzienny" hervorhebt, dem belgischen Kapital den Weg zur Beteiligung an der polnischen Industrie. Als Austauschartikel kommen für Belgien Holz, Petroleum, Getreide und Flachs, für Polen Lokomotiven, Eisenbahnwaggons und landwirtschaftliche Maschinen in Frage. Der Vertrag lautet auf 5 Jahre und wird automatisch verlängert.

♂ **Die polnischen Holzausfuhrabgaben** werden durch eine in diesen Tagen zu erwartende Verordnung neu geregelt werden. Für Espenholz und Bauholz wird die Abgabe in Höhe von 40 Prozent, für Gruben- und Schleifholz in Höhe von 75 Prozent des offiziellen Gewinnes erhoben.

♂ **Die Lemberger Messe** hatte laut „Kurjer Lwowski" einen Umsatz in bar von 900 Milliarden polnische Mark. Der Hauptanteil hiervon fällt auf die Metallindustrie. Dann folgen Textilwaren und Automobilindustrie. An letzter Stelle rangieren die Leder- und Papierindustrie, deren Umsätze 1—2 Milliarden nicht überstiegen haben.

♂ **Der polnische Rohholzexport**, der bereits 90 Prozent der Ausfuhr in der Vorkriegszeit erreicht hatte, ist infolge der hohen Ausfuhrabgaben, die seit einigen Monaten in Kraft sind, stark zurückgegangen. Das Handelsministerium unternimmt, wie wir aus Warschau erfahren, gegenwärtig Schritte, um eine größere Zahl von Sägemühlen in den Stand zu setzen, ihren Betrieb wieder aufzunehmen und das im Lande verbleibende Rohholz zu Ausfuhrzwecken zu verarbeiten. Zu diesem Zwecke werden den Sägewerken besondere Zollvergünstigungen beim Bezug von ausländischen Sägegattern gewährt. Diese Maßnahmen sollen dazu dienen, mehr Geld aus dem ausgeführten Holz herauszuschlagen und dadurch dem Staate auch mehr Devisen zuzuführen.

Wirtschaft.

♀ **Neue Hemmungen des polnischen Exports.** Die ungesunde Wirtschaftslage Polens, die, solange der Staat so ungeheure Aufwendungen für Rüstungs- und ähnliche unproduktive Zwecke macht, keine Besserung erwarten läßt, hat insofern bereits gleiche Erscheinungen, wie wir sie in Deutschland in letzter Zeit kennen gelernt haben, hervorgerufen, als die Inlandspreise die Weltmarktspreise überschritten haben. Darunter leidet in hohem Grade natürlich die Ausfuhr von Fertigfabrikaten, was sich besonders bei den Textilwaren bemerkbar macht. Diese haben, wie „Nowa Reforma" schreibt, sogar den Danziger Markt wieder an Deutschland verloren, von dem sie die deutschen Erzeugnisse eine Zeitlang bereits in starkem Grade verdrängt hatten. Heute kalkulieren sich die deutschen Waren trotz der hohen Zölle billiger als die polnischen. Da Danzig eine wichtige Rolle als Vermittler im Verkehr mit den Ostsee-Randstaaten spielt, so übt dieser Umstand auch auf den Export polnischer Erzeugnisse namentlich nach den baltischen Ländern einen sehr ungünstigen Einfluß aus.

♀ **Die Verpachtung der staatlichen Petroleumterrains in Galizien** wird durch eine schon in den nächsten Tagen zu erwartende Verordnung des polnischen Ministerrates dem Handelsministerium übertragen.

Von den Aktiengesellschaften.

Hurtownia Zegarmistrzowska T. A. in Posen. Am 22. Oktober 1923, nachm. 4 Uhr, findet die Generalversammlung in den Geschäftsräumen der Aktiengesellschaft, Aleje Marcinkowskiego 8 b, statt.

„Impex", S. A. in Krakau. Die Generalversammlung findet am 11. Oktober 1923, nachm. 6 Uhr, im Sitzungssaal der Handelskammer in Krakau, ul. Długa L. I., statt. (M. P. 216.)

„Zukrownia Zduny in Zduny. Die Generalversammlung findet am 3. Oktober 1923, vorm. 11½ Uhr in den Geschäftsräumen der Bank Związku Spółek Zarobkowych in Posen, Plac Wolności 15, statt. Anmeldungen bis zum 29. 9. 23 bei der A.-G., der Bank Związku oder der Dresdener Bank in Breslau. (M. P. 216.)

Von den Märkten.

Kohlenpreise für die Zeit vom 16. bis 30. September 1923. (Alle Preis en gros in 1000 Mkp. pro Tonne): Stück und Würfel I. 1221, Würfel II. 1177, Nuß I. 1122, Nuß II. 1045, Nuß III. 790, Gries 750, Staub mit Gries 467, Staub 374, gewöhnlich I. 787, gewöhnlich II. 671, gewöhnlich III. 561, unsortiert 858. (Die Preise verstehen sich für Kohle aus dem Dąbrowoer Kohlengebiet.) In Krakau gelten folgende Preise: Stück und Würfel I. und II., Nuß I a. 1309, Nuß II. 1122, gewöhnlich I. 748, gewöhnlich II. 710, Staub 355. (M. P. 217.)

Edelmetall. Warschau, d. 25. 9. 23. Gold 240—250, Platin 1120—1150, Silber 7—7.2; Silberrubel 100. Tendenz: ruhig.

Metalle. Berlin, 25. 9. 23. Raff. Kupfer 44—46, Orig.-Hüttenweichblei 20—22, Hüttenrohzink in freiem Verkehr 26—28, Remelted 19—21, Zinn (Bank, Straits u. Austral) 162—164, Hüttenzinn 148—160, Reinnickel 83—84, Antimon Regulus 19—21, Silberbarren 3100—3300. — Neuyork, 24. 9. 23. Elektrolitkupfer 13.37, Zinn 41.12, Blei 6.07, Zink 6.42, Roheisen (in Dollar p. Tonne) 25.50, Weißblech (in Dollar für 100 lbs) 5.62.

Kolonialwaren. Danzig, 25. 9. 23. Die Tendenz für Kakao ist ruhig. Preise unverändert. Reis, Burmah II. 14.8 Sch. — Neuyork, 24. 9. 23. Kaffee Rio loko 10.62, (Okt.) 8.56, Nov. 8.28.

Zucker. Danzig, 25. 9. 23. Die Tendenz ist fest. Java 28.1 Sch., Tschech. Kristall 25.3 Sch.

Börse.

╪ **Warschauer Börse vom 25. September.** Die Tendenz an der gestrigen Börse war nicht ganz einheitlich. Devisen bleiben fest und ziehen an. Der Dollar notiert offiziell 299 000. Am Aktienmarkt ist die Bewegung ziemlich stabil. Einzelne Werte haben nachgeben müssen. Es notierten offiziell: Bank Handlowy 1825, Bank Zachodni 730—725, Częstocice 5000, Michałów 590—535, Tow. Fabr. Cukru 9000—8750, Kop. Węgla 1050—970, Cegielski 142,5—131, Modrzejów 1375—1340, Starachowice 950—915, Parowóz 116—110, Zieleniewski 2075—2100, Żyrardów 55 000—54 000, Haberbusch 510—500, Polska Nafta 105—102, Nobel 300—295, Czersk 342—340, Chmielów 285—290, Konopie 145—125, Chodorów 890 bis 935, Fitzner i Gamper 1800, Spiritus 500—525, Tepege 765, Kabel 190, Unja 1100—1000, Trzebinia 185. Von nichtnotierten Werten wurden gehandelt: Elektrownia na Sanie 35, Lechita 21, Lokomotywy 185, Bracia Jabłkowscy — Wilno 20, Opatówek 215 drobne, 130 (setki) Cukrownia Mała Wieś 450—490, Dobrzyniewo 75—85, Pruszków 75, Nitrat 53, Warsz. Bank Zjednoczony 200, Bank Wschodni 75, Sarniańska Huta Szkła (sztuki) 30, Zjedn. Fabr. Maszyn i Narz. Roln. 600 Zbiersk 550, Spław 48 bis 50, Hurtownia Opałowa 9, Polski Lloyd 60.

╪ **Krakauer Börse vom 24. September.** Für Devisen die Tendenz sehr fest und anhaltend steigend. Für Aktien ist die Tendenz stark und befestigt. Es notieren offiziell: P. Bank Przemysłowy 78—75, Tohan 85—88, Impex 2,2—2,3, Zegluga 25—27, Zieleniewski 2025—2100, Cegielski 145—150, Trzebinia Zelazo 180—190, Pharma 140—150, Parowozy 120—126, Niemojewski 165, Strug 235—250, Górka 2650—2800, Tepege 770—795, Polska Nafta 117 bis 120, Krakus 185—195, Ćmielów 280—325, Chodorów 950—990, Siersza górn. 1250—1300. Von nichtnotierten Werten wurden gehandelt: Jaworzno 4250—4350, Gazy Ziemne 5900—6200, Chybi 1375—1950, Lokomotywy 160, Len 345.

╪ **Ostdevisen vom 25. 9. 23** in Berlin. Auszahlung Bukarest 646 750 Geld, 653 250 Brief, Riga 577 Geld, 583 Brief, Kowno 13 860 000 Geld, 14 140 000 Brief, Kattowitz 50 500 Geld, 51 500 Brief, Polennoten 49 Geld, 51 Brief, estnische Mark 421 500 Geld, 438 500 Brief, Litauen 13 525 000 Geld, 13 875 000 Brief.

≡ **Neue polnische Banknoten** im Werte von 100 000, 200 000 und 500 000 M. werden demnächst zur Ausgabe gelangen.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 26. September 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Roggen	550 000—600 000	Hafer	500 000—550 000
Weizen	900 000—980 000	Viktoriaerbsen	1 500 000—2 000 000
Weizenmehl	1 650 000—1 750 000	Felderbsen	900 000—1 200 000
Roggenmehl	920 000—1020 000	Eßkartoffeln	85 000—90 000
(inkl. Säcke)		Fabrikkartoffeln	70 000—80 000
Weizenkleie	300 000	Roggenstroh, lose	55 000— 65 000
Roggenkleie	270 000	„ gepr.	80 000— 90 000
Gerste	450 000—500 000	Heu, lose	95 000—105 000
Braugerste	550 000—600 000	„ gepr.	125 000—140 000

Tendenz fest. Sehr kleine Zufuhren bei starker Nachfrage.

Posener Viehmarkt vom 26. September 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder:** I. Sorte 4 300 000—4 400 000 M., II. Sorte 3 700 000—3 800 000 M., III. Sorte 3 200 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 5 200 000 M., II. Sorte 4 600 000—4 800 000 M.

II. **Schafe:** I. Sorte 3 800 000 M., II. Sorte 3 200 000 M., III. Sorte 2 200 000—2 600 000 M.

III. **Schweine:** I. Sorte 6 800 000—6 900 000 M., II. Sorte 6 400 000—6 600 000 M., III. Sorte 5 600 000—5 900 000 M.

Der Auftrieb betrug: 29 Ochsen, 112 Bullen, 164 Kühe, 152 Kälber, 987 Schweine, 227 Schafe, 27 Ziegen. — Tendenz: sehr lebhaft.

Danziger Mittagskurse vom 26. September.

Polenmark in Danzig	37 000—38 000
Dollar in Danzig	115 000 000

Warschauer Vorbörse vom 26. September.

Deutsche Mark in Warschau	0,002
Dollar	295 500
Englische Pfund in Warschau	1 366 000
Schweizer Franken in Warschau	53 650
Französischer Franken in Warschau	19 100

Warschauer Börse vom 25. September.

Devisen:

Belgien	16 900	Paris	19 100
Berlin und Danzig	0.00222	Prag	9025
London	1 369 000—1 367 000	Schweiz	53 700—53 450
Neuyork	299 000	Wien	4.35
Holland	117 900	Italien	14 000

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

